

Arbeiter-Zeitung

Verlag: täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,80 Mk., monatlich 2,40 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Einrechnung 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die gebogenen Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Bezahlungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigenpreis: Die dreispaltigen Millimeterzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Nachnahme u. der Haupt-Expedition 5 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der A.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuziger Straße 50, Telefon 560 39. **Post-Expedition:** Breslau 544, Reibstien: Breslau, Kreuziger Straße 50, Telefon 139 02. **Expedition der Redaktion:** von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Filial-Expeditionen:** Gietzow, Oberstraße 25, Telefon 4085; Grotzsch, Cunig 6, Telefon 2384. **Geschäftsstelle:** von 8-10 Uhr. **Geschäftsstand am Hauptverlagort Breslau:** — Verlag: Schiefel-Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuziger Str. 50.

Reparationskonferenz beschließt verstärkte Hungeroffensive gegen deutsche Arbeiterschaft

Das Realeinkommen der Arbeiter soll geprüft werden

Paris, 12. Februar.
Am Dienstag traten die unabhängigen Finanzfachverständigen zu zwei Sitzungen zusammen. Die Vormittagssitzung währte 1 1/2 Stunden. Die Vertreter melierten sich ausnahmslos bei Betreten und Verlassen des Hotels, den Journalisten Erklärungen abzugeben. Es verlautet, daß die Verhandlungen lange Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Schacht brachten, der sowohl vormittags als auch in der Nachmittagsitzung sehr ausführlich über die Entwicklung der deutschen Verhältnisse seit Inkrafttreten des Dawes-Planes sprach, dessen Folgen und Wirkungen schilderte und insbesondere auf die Frage einging, ob die regelmäßigen Dawes-Zahlungen aus deutschen Ersparnissen oder Auslandsanleihen beglichen würden.
Wie die „D.Z.“ aus Paris zu berichten weiß, haben sich als Ergebnis der gestrigen Erklärungen der Sachverständigen für die Kriegsschadigungsfrage in Paris drei Gruppen gebildet, die sich gegenüberstehen: die eine Gruppe, die alliierten Gläubiger, die auf Verzichtung von vornherein bestimmter Beträge auf die deutsche Seite der Deutschen, die die deutsche Leistungsfähigkeit zum Ausgangspunkt jeder deutschen Verpflichtung machen, sowie drittens die Amerikaner, die sich eine gewisse Reserve auferlegen. Diese Schlussfolgerungen zieht das Blatt aus den Erklärungen, über die es u. a. wie folgt berichtet:
Moreau wies darauf hin, daß Frankreich auf der Konferenz keineswegs als Bittender erscheine. (!) Der Dawes-Plan liefere, so wie er funktioniere und wenn man den Besserungsteil in Rechnung stelle, genügend, um die Erträge von Frankreichs Kriegsschulden und die Wiederaufbaukosten zu decken. Lediglich Deutschland habe ein Interesse daran, die Höhe dieser Schulden endgültig bestimmt zu wissen. Deutschlands Aufgabe sei es deshalb, Vorschläge für eine Entlastung zu machen. Frankreich sei bereit, diese Vorschläge entgegenzunehmen. Ein solches Zugeständnis setze aber eine entsprechende Gegenleistung voraus, wie sie in einer vorzeitigen Mobilisierung der deutschen Schuld bestehen könne.
Sir Josiah Stamp setzte im allgemeinen den englischen Standpunkt entprechend der Balfour-Note auseinander. Italien will Dedung für seine eigenen Schulden erlangen. Belgien will auf nichts

verzichten, dazu aber eine Entschädigung, die seine allen Nachforderungen erreicht.

Für Deutschland erklärte Dr. Schacht, daß die deutschen Zahlungen innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit bleiben müßten, und daß die deutsche Leistungsfähigkeit Gegenstand ernsthafter Prüfung sein müsse. Für die Amerikaner äußerte sich Morgan zur Uchhaltung. Vom amerikanischen Gesichtspunkt aus müsse die Reparationsfrage als ein großes internationales Bankgeschäft unter Berücksichtigung aller legitimen Forderungen betrachtet werden.

Nach der Aussprache kam ein Beschluß zustande, mit der Behandlung folgender zwei Fragen zu beginnen: Die Steuerlasten Deutschlands im Vergleich zu denen der Entente-Länder und des Realeinkommens der Arbeiter und die durch dieses Einkommen bedingte Kaufkraft.

Der Verlauf der hinter verschlossenen Türen liegenden Konferenz der Imperialisten in Paris ist für die gesamte internationale Arbeiterschaft von ungeheurer Bedeutung. Am Sonntag verlangte — wie wir gestern berichteten — die „Republik“ offen und brutal

offenen Kampf gegen die Sowjetunion.
Der gestrige Beschluß der Reparationskonferenz ist nicht weniger offen und brutal. Er verlangt Prüfung des Einkommens der deutschen Arbeiter, d. h. in die Sprache des Kapitalisten übersetzt,

verstärkte Hungeroffensive gegen das deutsche Proletariat.
Die Große Koalition soll auf Befehl der in Paris versammelten Bankiers mittels des Schlichtungswesens die Hungerlöhne der Arbeiter noch weiter senken, die Arbeitszeit verlängern, die Intensität des Arbeitstempes steigern, die Sozialausgaben abbauen, die Steuerlasten stärker anziehen.

Will die deutsche Arbeiterschaft ihre elende Lebenslage nicht noch mehr verschlechtern lassen, so muß sie kämpfen um die revolutionäre Führung der Wirtschaftskämpfe, gegen die Abdrassung der Streiks durch Reformisten und Schlichter, für die Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiter. Verärgerter Kampf der Arbeiterschaft unter Führung der kommunistischen Partei gegen die Trustherren und Trustregierung zum Sturz der Koalitionsregierung und Errichtung der Diktatur des Proletariats, muß die Antwort der Arbeiter auf den Beschluß der Reparationskonferenz sein!

Die Schulpraxis eines Konfordinats

Von Peter Mallozzi
Wenn von dem kommenden Preussenkongress die Rede ist, dann bemühen sich regelmäßig die Sozialdemokraten und bürgerlichen Liberalen, d. h. die Demokraten und Deutschvölkertreue, nachzuweisen, daß dieses Konfordinat ja noch in weiter Ferne liege, und daß vor allem Schulbestimmungen im Konfordinat überhaupt nicht vorhanden sein würden, oder wenn schon, dann nur in einer Form, die nicht über die Schulbestimmungen der Weimarer Verfassung hinausgehen würde. Dieses Verunsicherungs- und Verheimlichungsmanöver, das besonders von der sozialdemokratischen Presse betrieben wird, um die freidenkerlich eingestellten sozialdemokratischen Arbeiter nicht in eine gefährliche Oppositionsstellung gegen die Koalitionspolitik mit dem Zentrum hineingelangen zu lassen, erfährt ihre treffende Beleuchtung durch die Schulpraxis eines in Deutschland bereits bestehenden Konfordinats, nämlich des bayerischen Konfordinats vom Jahre 1925.
Nach den konfordinären Bestimmungen jetzt die Erteilung des Religionsunterrichtes in Bayern die sogenannte Mission Canonica, d. h. die Lehrerausbildung des Bischofs, voraus. Wenn es nun bloß beim engeren Religionsunterricht bliebe, dann wäre die Sache noch nicht einmal so schlimm. In Wirklichkeit hat der Klerus auch auf alle übrigen Unterrichtsfächer durch folgende Bestimmungen Einfluß:
„Die Ausbildung (nämlich der Lehrer) muß sich beziehen sowohl auf den Religionsunterricht, wie auch auf jene Fächer, die für den Glauben und die Sitten bedeutungsvoll sind.“
Dementsprechend ist auf Grund des bayerischen Konfordinats die Neuordnung der Lehrerausbildung in Bayern so erfolgt, daß in den Lehrerbildungsanstalten die kirchlichen Behörden, d. h. direkte Beauftragte des Bischofs selbst, in den Prüfungskommissionen vertreten sind, und daß die Garantie gegeben ist, daß in allen Unterrichtsfächern, z. B. in der Naturkunde und in der Geschichte, den werdenden Lehrern nur die orthodoxe katholische Meinung vermittelt wird. Dazu muß man noch in Rechnung stellen, daß nicht nur zur Lehrerausbildung selbst, sondern auch zum Unterricht in den Schulen die Orden und Kongregationen grundsätzlich zugelassen sind. Diese kirchlichen Organisationen können überhaupt nach Belieben Schulen gründen.
Der Höhepunkt aller Schulbestimmungen im bayerischen Konfordinat ist der Punkt, der besagt, daß dem Bischof das Recht zusteht, die Maßregelung desjenigen Lehrers vom Staate zu verweigern, der die „religiösen Empfindungen“ verletzt hat. Es sind dementsprechend tatsächlich auch viele Lehrer in Bayern nur deswegen, weil sie am Sonntag nicht regelmäßig die Kirche besuchten, mit Strafen belegt worden.
Eine gewiß unverdächtige Stelle, nämlich der bayerische Lehrerverein selbst, hat schon vor Jahresfrist in einer besonderen Materialsammlung (Dr. Richter: „Auswirkungen des Konfordinats in Bayern“, Nürnberg, Lehrerverein) die ungeheuerlichsten Tatsachen mitteilen können, in welcher geradezu mittelalterlichen Form selbst die primitivsten staatsbürgerlichen Rechte der Lehrer zugunsten des Kirchenrechts aufgehoben wurden. Da wird uns z. B. mitgeteilt, daß Lehrer, die zum zweitenmal geheiratet haben, nachdem sie vom Staat ordnungsgemäß geschieden worden sind, von diesem selbst Staat auf Anforderung des Bischofs gemahregelt worden sind, weil die katholische Kirche keine zweite Ehe kenne, und weil eine zweite Ehe eben das religiöse Empfinden verletze. Es ist notwendig, die klassischen Fälle, in der diese Bestrafung des betroffenen Lehrers erfolgte, der breitesten Öffentlichkeit zugänglich zu machen:
„Dem Lehrer A. ist zu eröffnen, daß seine Verurteilung auf Grund des Artikels 5 usw. des Konfordinats erfolgt ist, nachdem das erzbischöfliche Ordinariat bezüglich des Antrags stellte, weil Lehrer A. eine zweite Ehe zu Lebzeiten seiner

Laufiker Textilarbeiter ausgesperrt

11. Berlin, 13. Februar. Im Bezirk des Arbeitgeberverbandes der Laufiker Textilindustrie in Rottbus wurden, wie Berliner Blätter aus Rottbus melden, am Dienstag mit Arbeitsbeschluß sämtliche Betriebe stillgelegt, nachdem in Sachsen und Thüringen das Angebot der Arbeitgeber, die Lohnsätze zu verlängern, abgelehnt worden ist. Von dieser Maßnahme werden über 30 000 Arbeitnehmer betroffen.

solte von ihm aus... (Text partially obscured and difficult to read due to image quality)

Metallspruch in Württemberg abgelehnt

Stuttgart, 13. Februar. Die Abstimmung unter den freigewerkschaftlich organisierten der württembergischen Metallindustrie, insgesamt 50 000, hat mit großer Mehrheit zur Ablehnung des Schiedspruches geführt. Mehr als 93 Prozent der Wähler haben sich für die Ablehnung ausgesprochen.
Ein Artikel der „Schwäbischen Tagwacht“, des offiziellen Organes der württembergischen D.M.B.-Bürokratie erklärt, daß der 93-Prozent-Beschluß nicht etwa die Aufnahme des Kampfes bedeutet, sondern die Bezirksleitung des D.M.B. wird erst noch einmal Stellung nehmen. Damit bezweckt die Bürokratie eine Fortsetzung des Schlichtungskuhhandels und einen der bekannten Eingriffe des Reichsarbeitsministers.

Betrieblisten im Kreuzerbau

21. Berlin, 12. Februar. Von einer Meldung Berliner Blätter auf Grund der in Hamburg... (Text partially obscured and difficult to read due to image quality)

Was machte Gebering im Ruhrgebiet?

Gebering hat im Ruhrgebiet in einigen Sitzungen zu seinem Schiedspruch und den Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung desselben Stellung genommen, und bei Beendigung dieser Verhandlungen wurde sowohl von Gebering wie von den Gewerkschaftsvertretern und Unternehmern größtes Stillschweigen bewahrt. Gebering

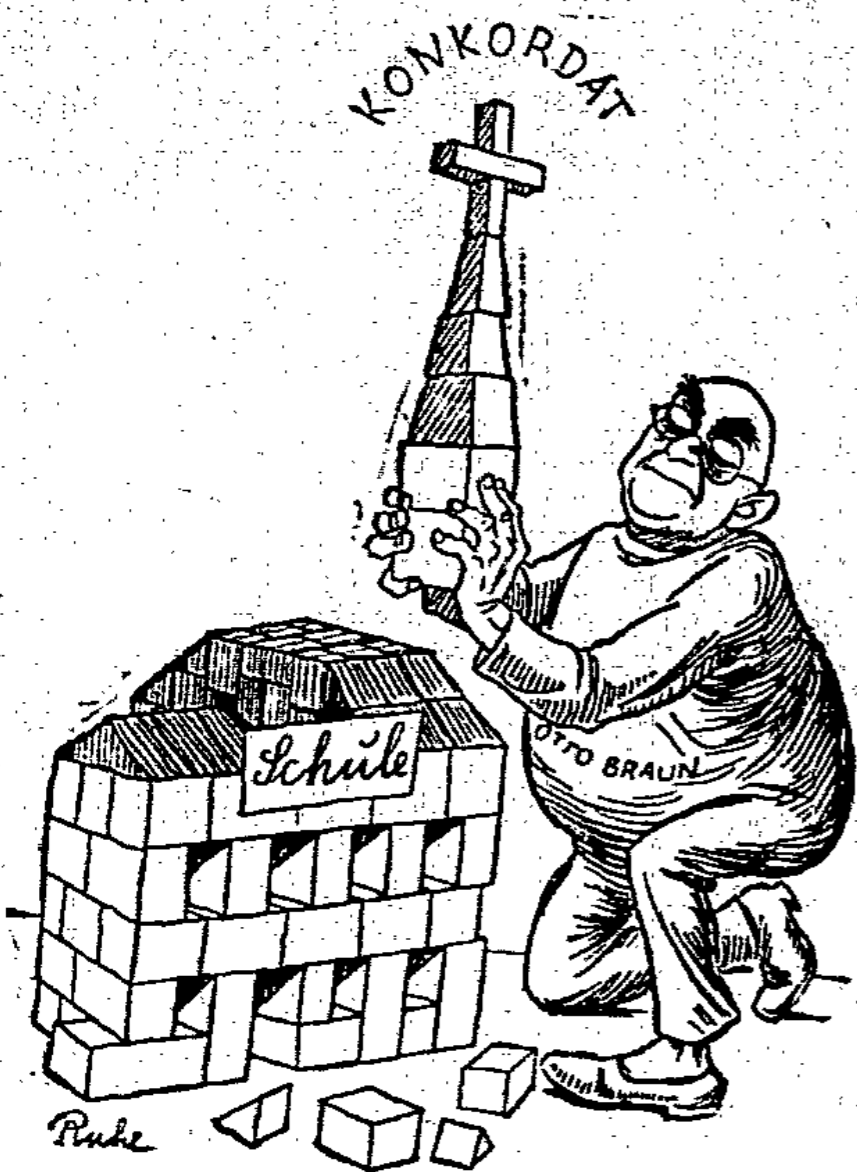
ersten Gattin einging und die erste Ehe noch kirchlich gültig ist, Lehrer E. damit aber außerhalb der katholischen Kirche gestellt ist."

Ein anderer Lehrer — und hier zeigt sich, was in Wirklichkeit dem Klerus das von ihm so gern angezogene Elterrecht ist — ist wegen Wiederberufung auf kirchlichen Antrag pensioniert worden, obwohl 75 Prozent der Elternschaft an seiner Schule in einer Eingabe sich für den allgemein beliebten Lehrer eingesetzt haben.

Dass die Macht des Klerus in Schulangelegenheiten in Bayern sehr weit über den eigentlichen Religionsunterricht hinausgeht, zeigt mit besonderer Deutlichkeit folgender Fall: Ein Lehrer Engler hat ein Buch über den Bauernkrieg geschrieben, in dem historisch getreu die Rolle des höheren Klerus im Mittelalter in seiner ausbeuterischen Tätigkeit den Bauernmassen gegenüber geschildert wird. Auch dieser Lehrer ist trotz der Bekanntheit der Reichsverfassung, wonach jeder in Wort und Schrift seine Meinung frei äußern könne, auf Anforderung des Bischofs verwirrt worden. Eine Beschwerde hat dieser Seelenhirt mit folgenden arroganten Worten abgewiesen:

„Die Geschichte, die Sie in Ihrem Buch niedergelegt, kommt nicht in Frage. Hier handelt es sich lediglich darum: Ist das Buch noch katholisch oder nicht? Und das bestimmen ich!“

Die Fuldaer Bischofskonferenz vom Jahre 1927 hat bereits die nötigen Vorbereitungen getroffen, daß diese häßlichen Schulzustände auf ganz Deutschland übertragen werden. Sie hat nämlich beschlossen, daß an allen Bischofsstühlen Delegierte für die



geistliche Schulaufsicht zu schaffen sind. Danach sollen auch die Ortspfarrer in gewissen Fällen als Bischofsdelegierte fungieren und den Unterrichtsbetrieb kontrollieren dürfen. Weiter wird bestimmt, daß die Lehrer von dieser kirchlichen Schulstelle aus methodische Beratungen und Weisungen über die Erteilung des Unterrichts erhalten sollen.

Bayern liegt ja immer noch in Deutschland, und es ist klar, daß die päpstliche Kurie überall nach den gleichen Gesichtspunkten an den Abschluß von Konkordaten herangeht — also wer die Schulbestimmungen des preussischen Konkordats von vorneherein als ganz unschuldig hinzustellen versucht, der arbeitet in Wirklichkeit der schwärzesten Reaktion in die Arme. Wir Kommunisten sind im Gegenteil der Auffassung, daß das Proletariat nicht aufmerksam genug und nicht argwöhnisch genug die Entwicklung beobachten kann. Besonders den sozialdemokratischen Arbeitern empfehlen wir, sich nicht mit Ausschüchten, die nur die Koalitionspolitik mit dem Zentrum beden sollen, zufrieden zu geben, sondern von ihren Parteinstanzen, die ja letzten Endes das Preußenkonkordat abschließen, reifliche Aufklärung über die Schulbestimmungen des Konkordats zu verlangen. Nur die rechtzeitige und rücksichtslose Mobilisierung der Massen gegen die drohende Schulreaktion im Konkordat kann diese wirklich ernste Gefahr abwenden.

Das Lehdener Rathaus zerkört

Lehden, 12. Februar.

Das aus dem Ende des 16. Jahrhunderts stammende Rathaus der Stadt ist heute morgen durch ein Feuer so gut wie vollständig zerstört worden. Mit dem berühmten Renaissancesaal sind gleichzeitig die in ihm aufbewahrten wertvollen Archive und zahlreiche seltene Kunstschätze den Flammen zum Opfer gefallen. Das Rathaus war für eine Million Gulden versichert. Der Brand kam im Stundensaal zum Ausbruch. Das ganze Stundensaalgebäude und das dahinter liegende Rathaus waren bald in ein Meer von Flammen getaucht. Im Stundensaal sind sämtliche Archive der Gemeindevverwaltung zerstört worden. Auch das in der Nähe befindliche Rathausgebäude der Firma Hoff, sowie ein Uhrenturm sind ausgebrannt.

Wir beginnen morgen mit dem Abdruck unseres neuen Romans „Brennende Liebe“.

Mit Woll dampf zum imperialistischen Krieg

Militarisierung der 36. Farben-Giftgasfabriken

Im Reichstag wurde am Mittwoch die Militarisierung des Kellag-Patents durch die Koalitionsparteien beschlossen. Die Kommunisten erklärten in ihren Reden den ganzen Friedensschwindel und zeigten an Hand von Tatsachen die imperialistischen Aufstellungen aller Länder, und vornehmlich der deutschen Republik auf. Jeder Tag bringt neue und untrügliche Beweise für die Kriegsvorbereitungen der deutschen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion. Wie die deutschen Unternehmungen, die vornehmlich für die Herstellung von Kriegsmaterial in Frage kommen, schon jetzt systematisch ihre Betriebe auf den Kriegsbedarf umstellen, wurde schon mehrfach ausgezeigt. Unter Wälder Bruderorgan, die „Arbeiter-Zeitung“ für Baden, ist insbesonder, eine neue diesbezügliche Tatsache aufzuzeigen. Sie teilt mit:

„Wie wir aus Angekündigtenkreisen der 36. Farbenindustrie erfahren, erhielten plötzlich 20 Angekündigte im Werke Ludwigshafen ihre Kündigung zugestimmt. Sie können sofort aufhören und bekommen sogar sechs Monate ihr Gehalt weitergezahlt. Unter den Bekündigten befinden sich Angekündigte mit 20- und 25-jähriger Dienstzeit. Die Direktion der 36. Farbenindustrie, die bereits vor einiger Zeit eine große Anzahl von älteren Angekündigten und Beamten zwangspensioniert hat — weitere Entlassungen stehen bevor — trifft diese Abbaumassnahmen nicht, um den Betrieb einzuschränken, sondern, wie wir bestimmt wissen, um den sogenannten Militäranwärtern Platz zu machen. Mit der hereinzunehmenden Militarisierung führt die 36. Farbenindustrie eine systematische Militarisierung ihrer Betriebe durch. Die Einstellung von ehemaligen Reichswehrangehörigen soll nicht nur die Anwendung

schärfster Karselmethoden gegen die Arbeiter- und Angekündigten-Schaft und nach oben hin ein treues willfähiges Heer von Soldaten abgeben, sondern in erster Linie will man damit eine Angekündigten-Schaft und Belegschaft aus zuverlässigen militärischen Elementen für den kommenden imperialistischen Krieg haben.“

Die Arbeiter-Schaft muß dieser Militarisierung der Betriebe, um die Sprengstoff- und Giftgasfabrikation für den imperialistischen Krieg sicherzustellen, die größte Beachtung schenken. Daß diese Militarisierung gerade unter der Ägide der Regierung des Sozialdemokratischen Rades in verstärktem Maße vor sich geht, ist nur ein weiterer Beweis für die drohende Nähe des imperialistischen Krieges und der Kriegsvorbereitungen der deutschen Bourgeoisie und der reformistischen Führerschaft. Vornehmlich die sozialdemokratischen Arbeiter, die jetzt lebhaft um das sozialimperialistische Bekehrungsprogramm des Parteivorstandes diskutieren und deren Widerstand gegen den Kriegsluz ihrer Führer wächst, müssen im Zusammenhang damit gerade die Militarisierung der Betriebe, wie sie in dem obigen Beispiel offen zum Ausdruck kommt, als einen weiteren eklatanten Beweis für die imperialistischen Kriegsvorbereitungen der deutschen Bourgeoisie und SPD-Führer anerkennen. Sie müssen daraus auch lernen, daß es gegenüber den gewaltigen und umfassenden Kriegsvorbereitungen in Deutschland nur die Mittel der revolutionären Abwehr geben kann, wie sie die KPD propagiert. Denn nur mit der Waffe in der Hand wird das Proletariat letzten Endes die imperialistischen Kriegsvorbereitungen niederzermalen und seine Herrschaft aufzurichten können.

Kälte in Europa hält an

Danziger Bucht zugefroren / Schiffstatastrophe / Zugverspätungen / Zunahme der Erkrankungen

Am Berlin, 12. Februar. Die Wetterlage hat in ganz Europa nur unwesentliche Änderungen erfahren. In Norddeutschland verzeichnete das Thermometer etwa 22 bis 28 Grad. Die Danziger Bucht ist von Danzig-Neufahrwasser bis zur Halbinsel Gela vollkommen zugefroren. Etwa zwei Seemeilen von der Küste entfernt liegen mehrere eingefrorene Dampfer. Die Eisbrecher mühen ihre Tätigkeit wegen des starken zusammengeschobenen Treibeises aufgeben.

Starke Zugverspätungen sind an der Tagesordnung.

Auch in Norddeutschland macht sich die starke Kälte immer unangenehmer bemerkbar. In Hamburg ankommende Schiffsdampfer berichten von Eismassen in der Nordsee, die teilweise meilenweite Ausdehnung haben. In Westdeutschland sind die Kanäle, wie auch die Ruhr und die Saar zugefroren. In Frankfurt bricht das Mauerwerk der historischen alten Brücke über den Main an verschiedenen Stellen. Auf dem Rhein-Herne-Kanal mußte der Schleppverleih zu den Duisburger Häfen eingestellt werden. Süddeutschland hat zweifellos am stärksten zu leiden. Aus Tübingen und Reutlingen am 11. bzw. 12. Grad, und aus Dillingen sogar 36 Grad unter Null gemeldet. Auf dem Bodensee stießen infolge des Einfrierens der Pompage zwei Schiffe zusammen, wobei das Schiffpersonal des einen Dampfers leicht verletzt wurde. Der Balchensee bei München ist seit 15 Jahren zum erstenmal zugefroren. In den städtischen Anlagen der Stadt bersten ausländische Bäume vor Kälte! Die Erkältungskrankheiten nehmen in beunruhigendem Maße zu. Das Meteorologische Observatorium in Lausanne hat seit seinem Bestehen noch keine derartige Kälte zu verzeichnen gehabt. In der

Gegend von Zürich wurden 37 Grad gemessen. In Polen schwankten die Temperaturen zwischen 20 und 32 Grad.

Geringe Abschwächung des Frostes in Schlefien

Schneefälle in Aussicht

Am Breslau, 12. Februar. In Schlefien ist eine leichte Abschwächung des ungewöhnlich strengen Frostes eingetreten. Noch immer werden jedoch Tiefsttemperaturen von mehr als minus 30 Grad beobachtet, und hereinzelt sind sogar noch immer 38 Grad unter Null festgestellt worden. (Meiße, Landeshut.) Die Wetterlage bleibt nach Mitteilung des Observatoriums strikt winterlich, und die starken Schneefälle, die zurecht auf dem Balkan niedergehen, dürften späterhin auch auf Schlefien übergreifen, wobei dann ein weiteres Nachlassen des strengen Frostes zu erwarten wäre.

Opfer der Kälte

Ein Opfer der Kälte wurde eine 22 Jahre alte Verkäuferin in Breslau, die um Mitternacht so erfroren nach Hause kam, daß sie außerstande war, die Haustür zu öffnen. Ihre Glieder waren so steif, daß sie sich nicht mehr bewegen konnte. In den frühen Morgenstunden wurde die Unglückliche von einer Polizeistreife mit erfrorenen Händen und Füßen aufgefunden. Die Frostverletzte ist sofort in das Krankenhaus Bethanien eingeliefert worden. — Halb erfroren wurde auf der Gröschelbrücke in Breslau ein junges Mädchen aufgefunden, das ein Vergnügen in Dömitz besucht hatte. Auch dieses Opfer der außergewöhnlichen Kälte mußte in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

Aus aller Welt

35000 Mark Lohngeleider unterschlagen

Am Fürstentum. Der Vorsteher des Lohnbüros der Glühlampenfabrik von Julius Finisch Aktiengesellschaft, Lehmann, wurde verhaftet, weil man bei der Nachprüfung des Jahresabschlusses Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen war. Lehmann hatte, wie er bei seiner Vernehmung offen gestand, im Laufe der Zeit etwa 35000 Reichsmark Lohngeleider unterschlagen. Er war in jungen Jahren in eine Bürovorsteherstelle eingetradt. Daraufhin hatten sich seine Lebensansprüche soweit erhöht, daß er den Versuch machte, seine Einkünfte durch Börsenspekulationen zu erhöhen. Dabei erlitt er schwere Verluste, die er nur durch Unterschlagungen der Lohngeleider zu decken wußte.

Schwere Kesselexplosion in Barmen

Kurz nach zwei Uhr ereignete sich am Dienstag bei der Firma Siller & Jamart in Barmen-Häfeld ein schweres Explosionsunglück. Ein Kessel explodierte und zerstörte den größten Teil der Fabrikanlagen. Drei Personen fanden bei dem Unglück den Tod, während weitere zwanzig Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. In den Fabrikgebäuden selbst ist keine Fenster Scheibe heil geblieben. Ein Teil der äußeren Mauer wurde vollständig durch den Druck der Explosion herausgeschleudert.

Eisenbahnunglück in Oberrhein. Auf der Strecke Strumina-Pawlowitz im Kreise Rybnik stießen am Montag zwei Güterzüge zusammen. Der eine Zug, der von Strumina mit leeren Kohlenwagen, wurde fast vollständig zerkleinert. Die Lokomotive und 20 Güterwagen bildeten einen Trümmerhaufen.

Die Kältemeile in Frankreich. In Paris erreichte das Thermometer einen seit Jahren nicht mehr erlebten Tiefstand von 16 Grad unter Null. Le Havre meldet 10, Orleans 12, Strasbourg und Belfort 21 Grad Kälte. Marseille hat 0 Grad und Antibes 2 Grad über Null.

Lebensmittellieferung eines Reichstums durch Flugzeug. Ein Flugzeug der deutschen Verkehrsflieger-Schule wurde von der Regierung in Stettin angefordert, um den Leuchtturm Grajewalder Die zwischen Arlon und Ewinemünde, der durch Eismassen vom Festlande abgeschnitten ist, mit Lebensmitteln zu versorgen.

Schweres Eisenbahnunglück im Südbahnen. Auf der Strecke Eemlin-Agram hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Der Agramer Schnellzug fuhr auf einen auf offener Strecke stehenden Güterzug auf, der ausgefahren war, um einem entgleisten Zug Hilfe zu leisten. Der Zug war mit vielen Arbeitern besetzt. Fünf Personen wurden lebensgefährlich verletzt. 26 Personen haben leichtere Verletzungen erlitten.

Eine chinesische Filmfabrik in die Luft geschnitten. In Tientsin stieg eine Filmfabrik in die Luft, wobei 6 Arbeiter getötet und 29 verletzt wurden.

Schwere Gasexplosion in Manchester. In Manchester sind am Dienstag durch die Explosion einer Gasanstalt ein Mann getötet und vier verletzt worden, darunter zwei schwer.

Explosion in einer Fabrik für flüssige Luft. In einer Fabrik für flüssige Luft in dem Pariser Vorort Bo Logne ereignete sich am Dienstag eine Explosion. Zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet und fünf mehr oder weniger schwer verletzt. Infolge der Gewalt der Explosion stürzte eine Mauer ein.

Wien ohne Wasser. Die Wiener Märkte waren vorgestern wegen der Kälte geschlossen. Die Vorräte in den Wasserbehältern der Stadt Wien gehen zur Neige. Man befürchtet, daß bereits heute nur noch der eiserne Vorrat von 8000 Kubikmeter Wasser vorhanden sein wird, der nicht angetastet werden darf. Dann müßte das Wasser ganz abgepumpt werden. Als außergewöhnliche Maßnahme werden vom Bundesheer für die Dauer der Kälte an verschiedenen Stellen der Stadt Wien Teichhäuser errichtet werden. Es wird Tee mit Zucker und Brot jedem einzelnen Bedürftigen unentgeltlich verabreicht werden. Trotz der großen Kälte liegen es sich der 61 Jahre alte Popel Dr. Tanajch, der Führer des Vereins „Berühmte dich täglich“ und einige seiner Anhänger, vier Mann und zwei Damen, nicht nehmen, bei 20 Grad Kälte ein Bad in der Donau zu nehmen.

Prag ohne Kohlen. Durch die langanhaltenden Fröste ist die Kohlenversorgung von Prag gefährdet. Kohle ist überhaupt nicht mehr erhältlich. Steinkohlen und Briketts nur in geringen Mengen. Die Stadtverwaltung plant, die Schulen für die Zeit der strengen Kälte zu sperren. Die Hauptursache des fühlbar werdenden Kohlenmangels liegt in dem Stoden der Kohlentransporte.

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Arthur Dombrowski, für den literarischen Teil: Wilhelm Wismar, für den „Breslauer“ Teil: Arthur Dombrowski, für den „Süddeutschen“ Teil: Georg Paris in Lindenburg. — Für den obersten Teil: Georg Paris in Lindenburg. — Für den untersten Teil: Georg Paris in Lindenburg.

Zum ant imperialistischen Tag am 13. Februar

Von D. S.

Als sich am 13. Februar 1927 zum erstenmal die Vertreter nationalrevolutionärer Organisationen mit Delegierten der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse und einer Gruppe linksgerichteter Intellektuellen in Brüssel zu einem Weltkongress gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus vereinigten, waren dieser Tagung die ganze Welt erschütternde Ereignisse vorausgeleitet. In China stand die nationale Revolution auf dem Höhepunkt. Wenige Tage nach dem Kongress hat die Arbeiterklasse Schanghai diese mächtige Stadt aus eigenen Kräften erobert, in Marokko war eben ein erbitterter Krieg unter dem Druck der ungeheuren Kriegsmaschine des französischen Imperialismus, dem es um jene Zeit noch nicht gelungen war, das aufständische Syrien niederzuschlagen, zu Ende gegangen, und auf einem ganzen Kontinent, in Lateinamerika, hing sich eine riesenhafte Front gegen den vorrückenden Imperialismus an zu bilden, an deren Spitze Mexiko stand, das mit der aktiven Hilfe des mexikanischen Proletariats und der Bauernschaft dem Koloss des Nordens Widerstand und dem fast verflochtenen Kataklysmus in seinem Kampfe gegen den Yankee-Imperialismus zur Hilfe eilte.

Diese Ereignisse von ungeheurer Tragweite haben jenem Kongress vor zwei Jahren die Wirkung gegeben, die er vor allem bei den unterdrückten Völkern der ganzen Welt auslöste. Der gemeinsame Kampf aller Unterdrückten gegen den Imperialismus war eine Notwendigkeit geworden.

Brüssel war ein Fanal. Ist aber die „Liga gegen Imperialismus“ vorwärtsgegangen zur weiteren, notwendigen Etappe der Organisation?

In den zwei Jahren, die seit der Gründung der Liga verfloßen sind, hat sich vieles geändert. In China hat die Bourgeoisie die nationale Revolution aufgegeben. Sie hat die Blutenden, darbenenden und kämpfenden chinesischen werktätigen Massen nicht nur verraten, sondern sie ist mit unerhörter Grausamkeit gegen sie vorgegangen. In Mexiko mußte die kleinstädtische Regierung Calles unter dem Druck des Imperialismus der Vereinigten Staaten kapitulieren, und in Syrien ist der Aufstand niedergeschlagen worden. Ein Teil der Leute, die vor zwei Jahren in den Reihen der ant imperialistischen Bewegung standen, hat die Beate, auf die er damals geschworen, verraten und ist zum Gegner übergegangen.

Die Herrschaft des Imperialismus ist auf Blut, Gewalt und Unterdrückung aufgebaut und muß zu immer neuen Konflikten führen. In Marokko kämpfen heute noch unabhängige Stämme gegen die „Befreiungsbataillon“ des französischen Imperialismus. In Syrien kämpft ein militärisch geschlagenes Volk mit den Waffen der passiven Resistenz gegen seine Unterdrücker weiter.

In Ägypten vermag der britische Imperialismus seine Herrschaft nur durch Diktatur aufrechtzuerhalten, während er in Arabien das sich entwickelnde Zusammengehörigkeitsgefühl durch Provokation von Aufständen, durch eine Politik der Intrigen und des „Teile und herrsche!“ zu verhindern sucht, wobei er sich in Palästina auf die Zionisten stützt, die mit Erfolg gegen die Araber ausgeübt werden und Großbritanniens so diese wichtige Basis auf dem Wege nach Indien sichern. In Asghanistan soll, durch den durch britische Agenten vorbereiteten reaktionären Aufstand, die Unabhängigkeit Afghanistans zerstört und auch dieses Land in die imperialistische Kriegsfrenne gegen die stärkste Stütze der ant imperialistischen Bewegung, die Sowjetunion, eingereiht werden. In Zentralafrika, wo riesige Landstriche durch die Kolonialmethoden des französischen Imperialismus entvölkert sind, flammen immer wieder Aufstände empor. In Kolumbien kämpft der zum Symbol des erwachenden Lateinamerika gewordene General Candino weiter gegen den Yankee-Imperialismus. Dies sind einige offene Brandherde. Die Flammen der Empörung und der Revolution können jedoch jeden Tag an einem anderen Ort ausbrechen, so unerlässlich ist die Unterdrückung durch den Imperialismus geworden.

Die Liga gegen Imperialismus hat sich deshalb die vergangenen Jahre hindurch trotz Verfolgungen und Angriffen, die sie von Seiten der Regierungen ebenso wie von den offiziellen Führern der Zweiten Internationale zu erdulden hatte, reich vorwärtsentwickelt.

In den wichtigsten imperialistischen Ländern, wie Großbritannien, Frankreich, Holland und die Vereinigten Staaten, bestehen Sektionen, die einen scharfen Kampf führen. Die ant imperialistische Bewegung in Lateinamerika beginnt sich zu bereinlichen. Es gibt beinahe kein Land in Zentral- und Südamerika, wo sich nicht, allen Verfolgungen und allen Diktaturen zum Trotz, ant imperialistische Eigen gebildet haben, die sowohl die Arbeiter- und Bauern, als auch die Intellektuellen-Organisationen umfassen, und die einen hartnäckigen Kampf gegen den britischen und den vorrückenden amerikanischen Imperialismus führen. In Indien sind der Liga große Organisationen, wie der Indische Nationalkongress, der Indische Gewerkschaftsbund und die sich rasch entwickelnde Liga für die Unabhängigkeit Indiens angeschlossen. In China stehen Massenorganisationen, wie die heute verfolgten Gewerkschaften und die Bauernverbände, zu ihr, in Indonésie macht sich eine wachsende Sympathiebewegung bemerkbar, die jedoch unter dem dort herrschenden Terror sich nicht organisatorisch auswirken kann. Das gleiche ist von Indochina und Korea zu sagen, wo praktisch das Verfallens-, Vereins- und Koalitionsrecht nicht besteht und die Pressefreiheit so gut wie aufgehoben ist.

Der Liga angeschlossene oder mit ihr sympathisierende Organisationen gibt es in Syrien, Palästina, Irak, Ägypten, Tunis, Persien, und das jüngste Glied in der Kette der angeschlossenen Organisationen ist der Afrikanische Nationalkongress in Johannesburg, der sich mit den schon früher angeschlossenen nichteuropäischen südafrikanischen Gewerkschaften zu einer südafrikanischen Sektion der Liga zusammengeschlossen hat. Neben Europa ist noch zu sagen, daß die Frische Ant imperialistische Liga, die alle irischen Organisationen ant imperialistischer Tendenz umfaßt, der Internationalen Liga angeschlossen ist.

Vor zwei Jahren waren in Brüssel nur wenige Arbeiterorganisationen vertreten. Wohl war eine Reihe namhafter Gewerkschaftsführer herbeigekommen, aber sie kamen in individueller Eigenschaft. Heute sind der Liga schon große Verbände, wie der Gewerkschaftsbund Chinas, der Indische Gewerkschaftsbund, die Föderation der Nichteuropäischen Gewerkschaften Südafrikas (während die Beziehungen zum weißen Südafrikanischen Gewerkschaftsbund sehr enge sind), der Eisenbahnerverband von Sierra Leone, Gewerkschaften arabischer Arbeiter in Palästina, das Pan-Pazifische Gewerkschaftssekretariat, der Gewerkschaftsrat der Sowjetunion, der britische Möbelarbeiterverband, 32 Gewerkschaften Lateinamerikas (darunter einige

Landesverbände) und eine Reihe kleinerer Verbände angeschlossen. Eine Anzahl weiterer Verbände, darunter die „Confédération Générale du Travail Militaire“ (Militärischer Gewerkschaftsbund) von Frankreich, haben ihren Anschluß an die Liga angekündigt. Dies bedeutet praktisch, daß hinter der ant imperialistischen Bewegung heute schon Millionen organisierter Arbeiter jeder Richtung stehen.

Was hat die Sozialistische Arbeiterinternationale für die Befreiung der unterdrückten Völker getan? Unter dem Eindruck des Brüsseler Kongresses hat sie auf der Tagesordnung ihres letztjährigen Kongresses die Kolonialfrage. Sie hat dort den gleichen Grundgedanken aufgestellt, den die Imperialisten schon jahrzehntelang vertreten: daß die Völker noch nicht reif für die Unabhängigkeit sind, daß man sie zuerst „erziehen“ müßte. So ist die S.A.I. praktisch

Zum Weheprogramm der SPD.

Die Stellung der Sozialdemokratie zum Staat

P. L. Wir zitierten in unserem Artikel „Festige Spannungen in der SPD.“ wegen des Weheprogramms die Stellung der einzelnen Parteitagkandidaten in Oberösterreich und stellen fest, daß die „Linken“ nicht grundsätzliche Gegner der Reichswehr sind, und daß die grundsätzliche Frage, in der Rechte wie „Linke“ dieselbe Stellung einnehmen, die Stellung zum Staat ist. Der Staat, in diesem Falle die kapitalistische deutsche Republik, wird von den „Linken“ und Rechten bejaht. Rechte und „Linke“ erklären übereinstimmend, daß es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, den „sozialen Inhalt“ des Staates so zu ändern, daß „auch die unteren Schichten diesen Staat bestreiten können“. Der „soziale Inhalt“ des Staates ist also nach Auffassung der Sozialdemokratie nicht untrennbar mit der Staatsform überhaupt verbunden, er kann geändert werden, ohne die Staatsform selbst zu ändern.

Dieser Auffassung entsprach zweifellos auch das Bestreben Eberts, Scheidemanns und Noskes 1918, die deutsche Monarchie zu retten, indem sie an Stelle Wilhelms des II. einen seiner Söhne setzen wollten. Die SPD war damals auch der Ansicht, daß es möglich sei, den „sozialen Inhalt“ der Monarchie zu ändern, so daß „auch die unteren Schichten“ diesen Staat (die Monarchie) bejahen können.

Der Staat erscheint also in der Darstellung der Sozialdemokratie als eine über der Gesellschaft, über den Menschen in dieser Gesellschaft stehende Einrichtung. Die Sozialdemokratie bejaht den Staat, d. h. sie ist für die Erhaltung dieser Einrichtung. Sie war für die Erhaltung des monarchistischen Staates und sie ist für die Erhaltung des demokratisch-republikanischen Staates. Es kommt für die Sozialdemokratie nach ihrer Darstellung darauf an, die Leitung des Staates zu erobern und die Macht im Staate auszuüben, um den „sozialen Inhalt“ des Staates zu ändern.

Der „soziale Inhalt“ ist aber zweifelsohne bedingt durch die Machtverhältnisse der Gesellschaftsklassen im Staate. Dem sozialen Inhalt wird immer die jeweils herrschende Klasse ihren Stempel aufdrücken und nicht nur diesem, sondern dem Staate überhaupt. Schon die Darstellung, als ob der Staat über der Gesellschaft stehe, ist eine rein bürgerliche. Nur die Kapitalisten, die die herrschende Klasse sind, haben ein Interesse daran, den Staat als eine überparteiliche Einrichtung erscheinen zu lassen. „Der Staat“, sagt Friedrich Engels in seinem Buche „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, „ist nicht von altersher. Er entstand mit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen.“ Diese Spaltung erfolgte auf Grund der im Prozeß der Entwicklung der Gesellschaft eintretenden Veränderung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln. Während ursprünglich die Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum waren, wurden sie in der Entwicklung der Gesellschaft Eigentum des einzelnen, also Privateigentum. Damit trat eine Spaltung der Gesellschaft in Besitzende und Nichtbesitzende ein, die in der kapitalistischen Gesellschaft ihren vollendeten Ausdruck gefunden hat.

Mit dieser Spaltung der Gesellschaft entwickelte sich der Staat, dessen Funktion der Schutz der Besitzenden Klasse gegen die nichtbesitzende ist. Die Besitzende Klasse überträgt diese Funktion bewaffneten Menschen (Polizei, Militär) und schafft sich einen Apparat, die Staatsmaschinerie mit ihren Anhängern: Justiz, Gefängnisse, Zuchthäuser usw. Natürlich werden die Funktionen des Staates immer komplizierter, je tiefer die Spaltung der Gesellschaft in Klassen wird. In der modernen kapitalistischen Gesellschaft, in der wir augenblicklich leben, wo die Klasse der Nichtbesitzenden, die Arbeiterklasse, den größten Teil der Gesellschaft ausmacht, kann die Kapitalistenklasse ihre Besitzrechte nur aufrechterhalten, wenn sie den Staat mit den größten Machtmitteln gegenüber der nichtbesitzenden Klasse ausrichtet.

Die Jagd nach Profit, die die Kapitalisten um den ganzen Erdball treibt und zur Aufteilung der Erde unter die mächtigsten staatlich organisierten Kapitalistengruppen führte, sowie der Schutz dieser Profitinteressen in den verschiedensten Teilen der Erde gegen andere Kapitalistengruppen und gegen die ausgeplünderten und ausgebeuteten Kolonialvölker, stellen den Staat vor noch größere Aufgaben und

haben die Politik der Imperialisten zu unterstützen. Die Ant imperialisten der ganzen Welt werden jedoch vorwärts schauen und unbedeutend weiterkämpfen. Sie werden am 13. Februar gemeinsam in allen großen Zentren der Welt für eine einheitliche Bewegung demonstrieren und werden dabei auch ihrer Toten und Märtyrer gedenken, die wie Camille Senghor, im Gefängnis starben, oder wie Julio Antonio Mella, von angebungen Agenten ermordet wurden, die wie die irischen Ant imperialisten, wie Mustafa Cebeli in Tunis, Gefängnis auf sich nahmen für ihre Tätigkeit, die wie in China, im Kampfe fielen und, wie Jawahar Lal Nehru, vor der Polizei der englisch-indischen Regierung bei Demonstrationen gegen die Simon-Kommission niedergeschlagen wurden.

machen den Ausbau des Staatsapparates für die Kapitalistenklasse zu die modernen kapitalistischen Staaten mit den vielverzweigten Funktionen zwingenden Notwendigkeit. Auf dieser Grundlage entstanden dann die Staatsapparate.

Endlich der Kampf der Arbeiterklasse um bessere Existenzbedingungen zwingt die bestehende Klasse einerseits zu „Reformen“, das heißt zu Zugeständnissen (geheimes Wahlrecht, Parlament, Sozialversicherung usw.), die den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft nicht gefährden, im Gegenteil, sie vor den immer heftiger werdenden Angriffen der Arbeiterklasse schützen sollen; andererseits aber beantwortet die Bourgeoisie den Kampf der Arbeiterklasse mit einer Verstärkung der Staatsgewalt (Erhöhung der Polizeikräfte, Verstaatlichung derselben, reaktionäre Gesetzgebung, Einstellung der Justiz auf Verfolgung der Klassenkämpfer, das Schlichtungssystem zur Abwägung der Arbeitskämpfe, Unterstützung aller dem Klassenkampf der Arbeiter feindlichen Einrichtungen und Organisationen, wie Kirche, Technische Mittelschulen, sozialistische Verbände usw.)

Wein also die Sozialdemokratie sich für die Erhaltung des kapitalistischen Staates und für die Bewilligung irgend welcher Machtmittel für diesen Staat einsetzt, so setzt sie sich, unter welcher Begründung es auch immer sei, für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft, für die Sicherung der Besitzrechte der Kapitalistenklasse durch größere Machtmittel ein. Nur diesen grundsätzlichen Standpunkt können die Arbeiter bei der Diskussion über das sozialdemokratische Weheprogramm einnehmen.

Noch ein Wort über die sozialdemokratische „Veränderung des sozialen Inhalts des Staates“. Die Sozialdemokratie bemüht sich schon seit über zehn Jahren um diese Veränderung in der kapitalistischen Republik. „Damit auch die unteren Schichten diesen Staat bejahen können“, haben offenbar die Noske, Severing, Orzeski, Wed und Genossen die Leitung der Reichswehr beim der Polizei in die Hände genommen, laufende revolutionäre Arbeiter erschlagen lassen, die Polizei auf freitretende Arbeiter gehetzt, Arbeiterdemonstrationen verboten usw. Mütter und die übrigen Minister haben zu dem gleichen Zwecke den Panzerkreuzer A auf Stapel gelegt, Silberding erhöht nur aus diesem Grunde die Massen Steuern und Mißbill und Severing betätigen sich nur deshalb gemeinsam als Streikführer.

Karl Marx hat schon 1875 jene unverbesserlichen Opportunisten und Reformisten weidlich verspottet, die im Gothaer Programm der SPD „mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Volkstaat“ (was gleichbedeutend mit der „Veränderung des sozialen Inhalts des Staates“ ist, v. L.) erstrebten:

„Freier Staat — was ist das? Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand losgeworden, den Staat freizumachen. Im Deutschen Reich ist der „Staat“ fast so „frei“ als in dem despotischen Jaren.“

Und Friedrich Engels, der andere Altmeister des Sozialismus, spottete: „Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung.“

Wie Marx sich die „Veränderung des sozialen Inhalts des Staates“ dachte, darüber sagt er in seiner Kritik zum Gothaer Programm:

„Die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer (haben) trotz ihrer bunten Formverschiedenheit (demokratische Republik, halbjudische Monarchie, konstitutionelle Monarchie, P. L.) alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehen, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein.“

Das sollten sich die SPD-Führer merken, die die deutsche Republik in einen Gegensatz zu imperialistischen und faschistischen Staaten zu stellen versuchen.

Und Marx fährt fort: „Es fragt sich: welche Umwälzung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In anderen Worten: welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog (gleich) sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Worte Staat auch nicht um einen Floßsprung näher.“

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Derentspricht auch eine politische Uebergangspetode, deren Staat nicht anders sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

Marx sagt also ganz klar, daß man die kapitalistische Gesellschaft nicht nach den Rezepten der Müller, Severing, Hilferding, Wissel usw. umändern kann in die kommunistische Gesellschaft, das wird nur durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats geschehen. Dabei kann das Proletariat, wie Marx auf Grund der Lehren der Pariser Kommune (Der Revolution der Pariser Arbeiter im Jahre 1871) feststellt, die kapitalistische Staatsmaschinerie nicht einfach übernehmen, sondern muß sie zerbrechen und an ihre Stelle den proletarischen Staat, das Rätesystem, setzen.

Die große russische Revolution hat 42 Jahre später die Richtigkeit der Marxschen Kritik an den deutschen sozialdemokratischen Opportunisten und Reformisten von 1875 bestätigt. Opportunismus und Reformismus werden noch lange nicht Marxismus und damit zur Lehre des Klassenkampfes der Arbeiterklasse, wenn sie 63 Jahre nach dieser Marx-Kritik Triumphe feiern und ihren Niederlag in einem sozialdemokratischen Weheprogramm finden. Freilich sind die heutigen SPD-Führer nicht auf eine Stufe mit den Gründern der deutschen Arbeiterbewegung zu stellen. Müller, Severing usw. haben sich in bewußte Sozialimperialisten verwandelt, die in jeder Beziehung die Bourgeoisie unterliegen, und mehr noch: zu Wegbereitern der Bourgeoisie geworden sind.



„Daltet den Topf am Kochen...“
Es zischt und brodeln in dem alten Kessel. Wann wird den Koalitionsministern die Parteiluppe andrennen?

Wiedersehen mit Mischka / Von P. Raft

1915

„U 17“ glaube ich, war es, das uns den Mischka, die treue Seele Mischka Grigorowitsch, Minenbootschelger der zaristischen Flotte, eines diesigen Morgens an Bord brachte.

Der Kommandant von „U 17“, der die Treibenden im Periskop entdeckte, stand himmelhoch über den Verdacht, so etwas wie menschliche Anwandlungen zu hegen, aber er versprach sich von ihrer Rettung wertvolle Nachrichten.

Doch da wurde nichts draus. Nach stundenlangen Kreuz- und Querfragen warf er die vier mit Fuhrtritten aus dem Kommandoturm.

„Ihr russischen Stinktiere seid ja genau so dämlich wie meine blöden! Mischka, verdammt!“

Die deutschen U-Bootskulis waren menschlicher. Sie gaben den jämmerlich Erschöpften heimlich Essen und Trinken und sorgten auch für trockene Lumpen.

In der Frühe des anderen Morgens kam unser Torpedoboot an Sicht von U. 17. Der Winkspruch hat uns der Kommandant, die vier Matrosen übernehmen zu wollen. Unser Alter ließ kein Einverständnis hinüberwinken.

Wir Kulis merkten nicht den Hochmut dieser Offiziers, wike. Fühlten nicht den Stachel in unserer Menschenwürde. Lachend brachten wir den Kutter zu Wasser, um die vier Kriegsgefangenen herüberzupullen.

Vier Tage mußten Mischka und seine Kameraden der Abwechslung halber mal in einem deutschen Kriegsschiffbunker Kohlen trimmen. Wir wollen doch diese Schweine nicht umsonst fräßen, hatte der Alte gemeint und befohlen, die Russen ordentlich hochzunehmen!

Doch dieser Befehl war unnötig. Mischka und seine Kameraden kannten den schweren Dienst im Heizraume nur zu gut und mußten selber am besten, wie sie ihre deutschen Heizkammer entlasten konnten. Unsere Stoker schoben in den vier Tagen da unten faule Wache.

„Mensch, Hei,“ stieß Jonni seinen Kameraden an, „Rief man bloß, wie die Russen mit de Kohlenkippen umgohn! Do sind die de reinsten Säuglinge gegen!“

Unsere Offiziere sahen es nicht gerne, wenn wir uns mit den Russen abgaben. Sie wurden daher während ihrer Freizeit in eine winzig kleine Vorratskammer eingelockt. Aber unten im Funter wagte sich keiner von den betretenen Speckjägern hinein. Dort, auf den nassen Kohlen hodend, erzählte jeder was ihn bedrückte und fest machte. Unser Ersparnen war echt: Nie hätten wir gedacht, daß Russen auch Menschen seien.

In Warnemünde holte man uns die treuen Helfer von Bord. Wir nahmen herzlich Abschied voneinander. Aber besonders von Mischka, von dem großen, starken Mischka Grigorowitsch, den wir alle als den Ideal-Kuli heimlich bewunderten.

Mit trummern Rücken und geknickten Blides, inmitten einer Korporalschaft nichtigender Landwehr-Bramarbasse, die kriegerisch mächtige Sabuls auf ihre 71er Donnerbüchsen gestellt hatten, führte man sie ab.

Unten an der Pier drehte sich Mischka noch einmal um und winkte uns ein trauriges „Lebt wohl!“ zu.

1928

Wo das querschilberne Flüsschen Kozroma in die Wolga mündet, liegt auf hohem Ufer das helle Städtchen Kozroma. Dort leben gegenwärtig rund 75 000 Menschen ihr genügsames und doch so lebensfrohes russisches Dasein.

Auf der Südseite der Wolga, in der „Matallisten-Vorstadt“, der Bahnhof. Von hier aus hat man eine überwältigend schöne, typisch russische Aussicht über die ganze Breite der Stadt. Reich vergoldete Kirchenkuppeln blühen — trotz mehr als zehn-jähriger Vernachlässigung — im alten, prozigen Glanze und wenn nicht das imposante Lenin-Denkmal die Stadtsilhouette durch seine kühne Linie — Lenin spricht — bereicherte, könnte man von ferne glauben, in Kozroma sei alles beim alten geblieben. In Wirklichkeit aber erinnern nur noch die Kirchen, ein paar alte Beschwörer und Schnapsbrüder an die alte, an die schredliche Zeit.

Das kräftig pulsernde Leben der Stadt aber fließt so breit, weggähig und zielstrebig in den Sozialismus, wie die nahe Wolga zum Kaspiischen Meere. Ein inbrünstiger Kollektivismus erwärmt hier Industrie, Gewerkschaften, Institute, Klubs, und die Jugend ist mit einer Begeisterung ohnegleichen bei der Pflege ihres Körpers und Geistes.

Und, in dieser glücklichen Kommune — Mischka. Der große, starke Mischka Grigorowitsch vom abgejagten, zaristischen Minenleger.

Doch was ist aus Mischka geworden? Sein trummer Rücken inmitten der Warnemünder Landwehr-Korporalschaft war mir seit 1915 nicht aus dem Sinn gekommen. Als der geprügelte Budek des russischen Volkes lebte er ständig in mir fort.

Kan drückte mir Mischka als Noter Direktor der Schuhfabrik, genannt „10. Oktober“, immer wieder die Hand, er umarmte mich und wenn er nicht Vorsitzender der — Antifuh-Liga gewesen wäre, hätte er mich sogar geliebt. Dafür aber zeigte er mir mit dem so größeren Eifer die Schuhfabrik. Stolz und freudig wie ein Kind, daß den besagenden Ansel seine Spielfachen zeigt, so führte er mich treppauf, treppab, in alle Arbeitsstufen. Immer war irgendwas noch etwas zu beschäftigen und um mir eine besondere Freude zu bereiten, versetzte er nie, wenn wir vor einer deutschen Maschine standen, auf das Firmenchildchen hinzu-

welsen. Danach blickte er mich jedesmal mit glänzenden, anerkennungsgelächerten Augen an.

Von anderen Genossen erfuhr ich, daß Mischka es gewesen sei, der die Schuhfabrik, genannt „10. Oktober“, organisiert habe. Im vorigen Jahre erst war der moderne, dreißtägige Badsteinbau fertig gebaut worden.

Mehrere Jahre waren draufgegangen und Mischkas schwarze Haare begannen schon bedenklich grau zu werden.

Nun aber stellen 750 Arbeiter während einer achtstündigen Wechsellicht in 187 Arbeitsoperationen 1500 Paar „Langschlägige“ her.

Stauenswert, wie rasch, wie durchdrast die vielen einzelnen Lederteile von Hand zu Hand, von Maschine zu Maschine ihrer Ruheverteilung als Fußbekleidungsstück entgegenwandern!

Zärtlich streichelt Mischka die gleichmäßig summende Kraftspenderin der Fabrik, die 215-PS-Delturbine.

„Iwan Iwanowitsch“, ruft er, vor Freude außer Rand und Band, den Genossen Elektriker herbei. „Komm her! Umarme melnen deutschen Kriegskameraden! Denk dir, er ist auch Genosse geworden!“

Mischka wurde nicht müde, mich immer wieder als seinen Kriegskameraden vorzustellen, und an der Herzlichkeit, mit der man mir allemal die Hand schüttelte, sah ich, welche Achtung und Liebe Mischka als Noter Direktor genoß.

„Kamerad“, fragte er mich beim Abschied und er blickte mir dabei ernst in die Augen, „werden wir uns noch einmal, wie 1915 in der Ostsee, begegnen?“

„Als feindliche Kulis — niemals, Mischka! Aber als Freiwillige der Sowjetflotte, zum Kampf gegen die imperialistische — die deutsche Inbegriffen — viellecht eher, wie uns lieb ist!“

Da küßte mich Mischka impulsiv — und er ist doch Vorsitzender der Antifuh-Liga, Ortsgruppe Kozroma an der Wolga.

Sklavenhalter des Stillen Ozeans

Die „Zivilisierungs“methoden in den französischen Kolonien

Auf Grund einer Vereinbarung mit dem Gouverneur von Indochina (Hinterindien) ist es den Kolonisten auf den Inseln im Stillen Ozean gestattet, ihr Bedürfnis an Arbeitskraft für ihre Plantagen in der französischen Kolonie Indochina zu decken — wie es im kommerziellen Jargon heißt.

Die Zahl der auf diese Weise in Melanesien „importierten“ Arbeiter wächst von Jahr zu Jahr. Die meisten indochinesischen Arbeiter werden nach den Inseln von Neu-Hebriden transportiert. Ihre Zahl betrug im Jahre 1923 nur 509. Sie stieg im Jahre 1925 auf 2139 und im Jahre 1927 auf 4607. Das Geschäft scheint sehr stark zu blühen in diesen Kolonien, denn die Zahl der dorthin gebrachten Arbeiter wird im laufenden Jahr auf 18 000 anwachsen.

Es handelt sich hier um einen regelrechten Sklavenhandel. Es gibt einen Generalkommissar des Pazifik, d. h. des Stillen Ozeans, der die „Anforderung“ von indochinesischen Arbeitern weiterleitet und befürwortet. Dann gibt es in den französischen Kolonien A m t e r, die berechtigt und begünstigt sind, für die Kolonisten des Stillen Ozeans einheimische Arbeiter zu werben und zu transportieren.

Die Unglücklichen ahnen natürlich nicht, welches Los ihrer harrt. Sie wissen nicht, daß ihre Werbung durch die Sklavenhändler einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe oder Zwangsarbeit gleichkommt. Es wird ihnen aber bald klar, daß sie von den Herren der europäischen Zivilisation als wahre Sklaven behandelt werden. In den Plantagen, in den Bergwerken oder Wäldern müssen sie 14 bis 15 Stunden täglich die schwerste Arbeit verrichten. Sie werden verköstigt, aber die Nahrung reicht eben nur aus, um ihre Arbeitskraft nicht gänzlich zu verlieren. Das Menschenmaterial ist billig — die Nahrung teuer. Und daß die Arbeitskraft voll und ganz bis zum Erschöpfen ausgenützt, im wahren Sinne des Wortes ausgepreßt wird, dafür sorgen die Antreiber, deren Bambus jeden Augenblick auf die unglücklichen Männer, Frauen und Kinder niederfaßt.

Quälereien, Morde können verübt werden, ohne daß je ein Hahn nach dem Opfer kräht.

In Port-Billa, einer Konzession der Gesellschaft „Comptoir Français des Nouvelles Hebrides“, wurde neuerlich ein Arbeiter aus Tomling — weil er seinem Auf-

seher eine Flasche Quinquina gestohlen hatte, angebunden und so lange geschlagen, bis er verstarb.

Auf dem Gebiete einer Höfengesellschaft in Noumea (Neu-Kaledonien) hielten es die Arbeiter nicht länger aus: Sie protestierten gegen die unmenschliche Behandlung seitens der Aufseher. Einer von diesen Henkern schob in die Menge. Es gab viele Tote. Die ganze Angelegenheit wurde durch ein Protokoll erledigt.

Ein junges Mädchen wurde von den Aufsehern vergewaltigt und starb bald darauf. Als einige Arbeiter zu protestieren wagten, ließ ein Kolonist seinen Sklaven Terpentin unter die Haut spritzen!

In einem Hafen der Hebriden wurde ein Indochinese an einen langen Strick gebunden und im Wasser hin- und hergezogen, um durch diese lebende Beute die Haifische heranzuloden. Die Zuschauer ergötzen sich an der Todesfurcht des Sklaven.

Ein anderes Mal wurde ein Arbeiter, der mit einem Aufseher einen Streit hatte, ins Wasser geworfen. Um ihn daran zu hindern, daß er wieder ans Ufer heraufklettere, wurde er mit Steinen beworfen. Das graufame Spiel dauerte so lange, bis die Haifische ihre Beute erwischt und vor den Augen der Reiner zerfleischt hatten. Ein Reisender, der von dieser Szene eine photographische Aufnahme machen wollte, wurde ins Gefängnis geworfen und nach einer Haft von 15 Tagen ausgewiesen.

Das „E t h o n n a m i t e“ bringt eine Nachricht, derzufolge auf der Insel M o k e t o n Kulis, die nicht zulassen wollten, daß die Antreiber ihre Weiber mißbrauchten, kurzerhand erschossen worden sind. Als eines Tages die Tomlinger Arbeiter der Höfengesellschaft wegen der grausamen Behandlung revoltierten, wurde Gendarmerie geholt, die in die Menge schob. Es gab eine Anzahl Tote und viele Verwundete. Und so geht es weiter, eine unendliche Kiste von Leid und Qual der unglücklichen einheimischen Bevölkerung, die die Kolonisten beraubt, vertrieben und verflaot haben.

Es ist selbstverständlich, daß diese kolonialen Gesellschaften ungeheure Profite einheimeln. Aber diese Profite sind buchstäblich aus dem Blut und Fleisch der Kolonialsklaven herausgepreßt. Wann schlägt die Stunde der Befreiung dieser Sklaven? Nicht eher, als bis die revolutionäre Arbeiterkraft im Bündnis mit den Kolonialvölkern die imperialistischen Räuberbanden im revolutionären Kampfe endgültig vernichtet! M. Weber.

Deutschland — ein Pfaffenparadies

Im Jahre 1925 gab es in Deutschland 20 785 293 Katholiken. Diese hatten die Freude, 9774 Pfarren und 1457 sogenannte Bistumsbezirke zu besitzen. In diesen Pfarren waren 16 395 Geistliche tätig als „Seelsorger“ und außerdem noch 1109 „sonstige weltliche Geistliche“.

Zu dieser schwarzen Kerntruppe gesellen sich die katholischen Männer- und Frauenorden. Nach „General-Schematismus der katholischen Männer- und Frauenklöster“ kann sich Deutschland damit brüsten, 34 Priesterorden, 10 Brüderorden, 59 weibliche Orden und 16 katholische Schwestern- und ähnliche Vereinigungen zu besitzen.

Die männlichen Ordensgenossenschaften haben 559 Niederlassungen mit 10 458 Ordensmitgliedern. Die weiblichen Ordensgenossenschaften besitzen 6619 Niederlassungen, in denen 73 880 Ordensschwestern beschäftigt werden.

Man sollte glauben, daß diese große Entwicklung nur im reaktionären Lager vor sich ginge. Dem ist aber nicht so. Im kirchlichen Handbuch für das katholische Deutschland jubeln die Herausgeber: „Außerordentlich groß war die Zunahme der Orden in Preußen in den letzten Jahren.“ Genosse Braun hatte nicht umsonst sein Amt als Ministerpräsident inne.

Table with 4 columns: Year, Male Religious, Female Religious, Total Religious. Data from 1913 to 1926.

Seit dem Kriege haben sich die Niederlassungen verdoppelt! Ebenso wachsen in Preußen die weiblichen Niederlassungen auf 30% an und von 23 269 Ordensschwestern auf 40 400.

Also Deutschland besitzt an männlichen, weiblichen Seelsorgern und dergleichen:

Table with 2 columns: Category, Count. Lists 16 395 Seelsorger, 1 109, 10 458 Ordensbrüder, 73 880 Ordensschwestern.

101 842

Das bedeutet, daß jeder 200. Katholik ein Geistlicher ist, wenn wir nur die Erwachsenen rechnen (über 16 Jahren), so ist jeder 134. deutsche Katholik ein Geistlicher.

Neben diesem Apparat muß man das großangelegte Vereinswesen erwähnen. Es gibt „Vereine für Pflege des religiösen kirchlichen Lebens“, die teilweise Massenorganisationen sind. So z. B. der „Franziskus-Kaverius-Missionsverein“ in Aachen, der „Ludwig-Missionsverein“ in München. Im Verein „Welt der heil. Kreuzheit“ sind 2 Millionen deutsche Katholiken vereint!

Die Jugendverbände umfassen 1 500 000 Mitglieder. Man kann ruhig sagen, daß die katholischen Organisationen alles vereinigen, vom zartesten Jugend- bis zum Greisenalter in horizontaler und vertikaler Schichtung, d. h. alle Bevölkerungsschichten und alle Lebensjahre.

Zu diesen kommen endlich die „Vereine zur Pflege einzelner Sonderstände und Berufsgruppen.“

Hierher gehören die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Hier ist die „katholische Arbeit“ natürlich die wichtigste, aber gerade durch diese Organisationen werden die Arbeiter, die hier organisiert sind, geknebelt und benebelt.

Und alle diese „geistlichen“ und „Laien“-Organisationen sind wieder international organisiert und sind Teile der „katholischen Propaganda“, die voll und ganz im Dienste der Imperialisten steht.

Die Arbeiterschaft Deutschlands soll die tierische Gefahr, die aus diesem Gebiete droht, nicht unterschätzen!! Max Lottner.

Am Freitag

spielen die Roten Raketen Spieltruppe des R. F. B. - Berlin im „Schloßwerder“ Rechtzeitig Karten besorgen! Vorverkauf: Buchhandlung Feldstr. 50 Gauoldro, Flachergasse 22 sowie sämtliche Funktionäre des RFB. Eintritt 75 Pf., Erwerbslose 50 Pf.

Selbstmordversuch auf der Polizeiwache Gestern abend wurde ein Mann aus Brodau wegen Erregung öffentlichen Argernisses nach der Wache auf dem Hauptbahnhof gebracht. In der Zelle versuchte der Festgenommene, sich mit seinem Pullover am Hängelgitter aufzuhängen. Er konnte jedoch daran gehindert werden.

21 Grad unter Null Heute früh 8 Uhr registrierte das Thermometer einige Striche weniger als gestern um dieselbe Zeit, nämlich 21 Grad unter Null.

10 Feuerwehralarme an einem Tage! Der 11. Februar war für die Breslauer Feuerwehr ein schwerer Tag, in dessen Verlauf sie nicht weniger als 10mal zu den verschiedensten Feuern und Hilfeleistungen alarmiert wurde.

Gastrobruch. Vorgestern vormittag 10.30 Uhr wurde der Rettungswagen der Feuerwehr nach Döhlauer 3 gerufen. Dort war die vierköpfige Familie Karl Fischer an Gasvergiftung erkrankt. Die Ursache ist anscheinend in einem Gastrobruch zu suchen. Die erkrankten Personen wurden nach dem Allerheiligens-Hospital gebracht.

Erstochen aufgefunden wurde gestern vormittag der 64 Jahre alte Arbeiter Paul Horn aus Kowalle auf der Hundsfelder Chaussee vor der „Neuen Welt“. Die Leiche wurde in die Wohnung geschafft.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Filmbrand meldete kurz das Telegramm. Für gleichwertigen Ersatz hastet die Verleiherfirma. An Stelle „Moskau“, dem lustigen Kassenfilm, kommt deshalb diese Woche der „Gelbe Paß“ in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen zur Vorführung. Von diesem Film strömt die Lust eines neuen Filmkünstertums aus, ragt er doch weit über den Durchschnitt der westeuropäischen und amerikanischen Produktion hinaus. Die Künstler, von denen man als Regisseur F. O'Byrne und als Kameramann V. Forestie nennt, werden arme Teufel sein, ohne die Dollargage aber mit einem Fanatismus, der keine Hemmungen bei der Arbeit duldet. Mit spärlichen Mitteln in Spiel und Handlung wird der Alltag des russischen Bauern zu einer furchtbaren Anlage gegen die bestehende Gesellschaftsordnung gestaltet. Anna Sten als Bäuerin und Mutter zeigt das Schicksal einer Frau, deren eigenes Kind zugrunde geht, weil sie das Kind der Herrschaft nähren muß, um die Pacht für den feingigen Boden auszubringen. Das Einzelschicksal dieser Frau, die durch Unwissenheit und unglückliche Umstände zum Dürren und zu einem Symbol für das Schicksal des Proletariats im heutigen System, wo es die einfachsten menschenwürdigen Bedingungen nicht erhält. Den Mann dieser Frau, Jafos, spielt J. Kowal-Samborski und verstärkt dieses Symbol durch das Los eines Arbeiters, das durch die Arbeit zum Krüppel wird. Und wie das Massenschicksal des Proletariats nur durch gemeinschaftliches Vordrängen auf eine bessere Zukunft hat, so finden sich auch Mann und Frau wieder zur gemeinsamen Arbeit zusammen. Mit ihnen schauen zwei Kinderaugen in die finstere Abendsonne in der Erwartung, daß der kommende Tag sie zu einem neuen Leben führen wird. — Der zweite Großfilm, „Der brave Soldat Schwejk an der Front“, bringt Glossen auf den inzwischen verblühten R. u. R. Militarismus. Dieser Film zeigt die Lachmuskeln unserer Besucher in Bewegung. — Leider kann durch die Umstellung der Filme nur an zwei Tagen gespielt werden. Es empfiehlt sich, durch zeitiges Kommen einen guten Platz zu sichern. Für die Jugend ist dieses Programm wiederum verboten.

Weltbühne. Williams Fairbanks, der rasende Teufel Fairbanks, den wir als Seeräuber und Gaucho kennen gelernt haben, stellt sich in diesem Film als berühmter Rennfahrer vor. Wie alle seine Filme, ist dieser von der ersten bis zur letzten Minute spannend. Der Ritterschicksalwalzer ist einer seiner üblichen, geschmacklosen Unterhaltungsfilme, bei denen sich alles um die Fersehe drehen. Da wir keinen Unterhaltungsroman haben, müssen wir diese Schundfilme ablehnen. Das Beste am Programm ist das Auftreten zweier Artisten, die erstaunliche turnerische Vorführungen zeigen.

Bauhilfsarbeiter erscheint reiflos heute um 19 Uhr im Lokal „Wilhelmstr. 54, Neuborstraße 54, zur Fachgruppe - Generalversammlung.

Versammlungskalender Parteieranstaltungen Breslau - Stadtdirektor. Straßengemeinschaften haben sofort abzurufen. 1922. Waldenburg. Donnerstag 17.30 Uhr Sitzung beim Gewerkschaftshaus. Mittwoch 15 Uhr bei Wende Erwerbslosenversammlung. Jung-Spartakus-Bund Breslau - Gruppe Schottländer (Nord). Donnerstag 18 Uhr Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen. Mitgliederkarten mitbringen. Note Jungfront Breslau - Abt. Benta. Mittwoch 20 Uhr bei Melzig, Ober-Edle Burgstraße, Generalmitgliederversammlung. - Abt. Biehl. Donnerstag 20 Uhr „Stadt Kamslau“ Mitgliederversammlung.

Die Breslauer Erwerbslosen kampfbereit

Erste Vorbereitungen zum Reichserwerbslosentag und zur Bezirkserwerbslosentferenz

In den letzten Wochen hat sich die Zahl der Breslauer Erwerbslosen nahezu verdoppelt. Viele von den neu Zugewandenen sind Saisonarbeiter, die jetzt die „Segnungen“ der Wintersonderregelung für die berufstätige Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen. Bittere Not lastet auf den 50 000 Breslauer Erwerbslosen, die noch verschärft wird durch die ungeheure Kälte der letzten Tage und Wochen. Die kommunistische Partei hat sich daher veranlaßt, eine Versammlung der Breslauer Erwerbslosen einzuberufen, um den Opfern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung den Weg aus ihrem Elend zu zeigen.

Zahlreich waren die Erwerbslosen dem Rufe der KPD gefolgt, obwohl die Propaganda für die Versammlung durch die bittere Kälte und auch durch die Schikanen des Hausverwalters von der Sternstraße und durch polizeiliche Willkürmaßnahmen etwas gehindert worden war. Gewiß wäre der Besuch der Versammlung noch reichlicher gewesen, wenn nicht die furchtbare Kälte manchen Erwerbslosen mit Rücksicht auf seine dürftige Kleidung von dem Gang ins Freie abgehalten hätte. Als Referent war Genosse Reichstagsabgeordneter Jabaich vom Reichserwerbslosen-Ausschuß in Berlin erschienen, dessen Ausführungen über den lebhaftesten Beifall der Versammelten hervorriefen. Genosse Jabaich wies in seinen einleitenden Worten nach, daß entgegen den Ausführungen eines Nebenredners zur Geschäftsordnung, das Erwerbslosenproblem nicht nur im lokalen Maßstabe behandelt werden könne, sondern zum größten Teil im Reichsmaßstabe aufgerollt werden muß. Seit der Versammlung, in der er das erste Mal in Breslau gesprochen habe, haben sich die Forderungen der Erwerbslosen noch konkreter herausgeschält. Neben den grundsätzlichen Forderungen, die besserer auf Einreichung in den Produktionsprozeß sowie Abschaffung des Arbeitslosenversicherungsgebührens, sei es notwendig, auch gewisse Teilforderungen aufzustellen, die zum Ziele haben:

- Beseitigung des Lohnklassensystems, Zahlung der Unterfütterung an alle Arbeitslosen, Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf alle Berufe, Forderungen auf einmalige und laufende Beihilfen durch die Kommunen.

Rechtzeitig sind sofort nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages im vergangenen Jahre durch die Kommunisten diese Forderungen im Parlament eingebracht worden. Auch jetzt hat die KPD die Forderungen der Arbeitslosen aufgenommen und eingebracht. Auch die SPD hat, um ihre erwerbslosen Anhänger bei der Stange zu halten, Anträge für die Erwerbslosen eingebracht. Daß diese Anträge nur aus Agitationssbedürfnis gestellt wurden, zeigten die Verhandlungen im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages, wo der „linke“ SPD-Mann Aushäuser, als die Zentrumsabgeordnete die Erklärung abgab, daß die Zentrumsfraktion für die sozialdemokratischen Anträge (diese verlangten: 1. Ausdehnung der

Arbeitslosenversicherung auf alle Berufe; 2. Verlängerung der Arbeitslosenversicherung auf 52 Wochen; 3. für über 40 Jahre alte Erwerbslose Zahlung der Unterfütterung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit) stimmen würden, vor Schreie die Sitzung unterbrechen ließ und nachher erklärte, daß die SPD die Anträge zu 2 und 3 zurückziehe. Bei den Verhandlungen im Plenum des Reichstages

klammerte die SPD, dann gegen ihre eigenen Anträge. Nichts zeigt besser die Demagogie dieser „Arbeitervertreter“. Was haben nun die Erwerbslosen zu tun, damit ihre Notlage behoben werden kann? Sie müssen den Widerstand organisieren gegen die Absichten der Kapitalisten, Millionen von Erwerbslosen auf den Friedhof auszuwandern zu lassen. Es gilt vorzubereiten den Reichserwerbslosentag am 8. März,

wo in allen 68 000 deutschen Gemeinden die Erwerbslosen aufmarschieren müssen. In Breslau muß der Erwerbslosen-Ausschuß neu gebildet werden, damit auch hier und in ganz Schlesien die Kampffront der Erwerbslosen gebildet wird. Das sind die dringendsten Aufgaben, die nur gelöst werden können mit Hilfe der KPD, die die Führerin der Erwerbslosen ist.

In der Diskussion sprachen neben Kollegen, die den Ausführungen des Referenten zustimmen mußten, bis auf zwei, ehemalige Mitglieder der Partei, die glaubten, ihre politischen Ansichten in der Erwerbslosen-Versammlung an den Mann zu bringen. Stadtverordneter Genosse Uebel behandelte noch kurz die Tätigkeit der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion für die Erwerbslosen.

Genosse Jabaich ging in seinem Schlusswort auf die einseitigen Diskussionsredner ein und erwähnte dann noch die provozierende Bemerkung des Reichstagsabgeordneten Müller (Panzerkreuzer-Müller), die dieser im Gespräch mit Reichstagsabgeordneten fallen ließ, daß den Erwerbslosen nur noch mit dem Gummirollenapparat zu helfen sei, was den stärksten Entrüstungskurm der versammelten Erwerbslosen hervorrief. Auch die geradezu wiesliche Behandlung der erwerbslosen Tribünenbesucher im Reichstag durch Kriminalbeamte rief allgemeinen Protest der Erwerbslosen hervor.

Zum Schluß der Versammlung wurde eine provisorische Kommission gewählt, die sämtliche Vorbereitungen zum Landes-Erwerbslosen-Kongress und zum Reichserwerbslosentag treffen soll. Diese Kommission wird bereits in den nächsten Tagen zusammentreten.

Breslauer Erwerbslose, formiert die Kampffront! Jeder Erwerbslose muß schon heute für den Reichserwerbslosentag rüsten, denn nur durch einen Massenaufruf können die Erwerbslosen zeigen, daß sie nicht gewillt sind, einen Hungertod zu sterben.

(Weitere Einzelheiten aus der Versammlung werden in der Erwerbslosen-Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ am Donnerstag behandelt.)

Nochmals: Unterschlagungen im Baugewerksbund

Gewinnbringendes Markengeschäft — Diktatorisches Ortsstatut

Die Herrschaft Meises im Breslauer Baugewerksbund scheint auf die Reize zu gehen. Wohl hat er noch schnell in der letzten Vertreterversammlung ein Ortsstatut von seinen Getreuen annehmen lassen, das den reformistischen Bürokraten fast unbeschränkte Vollmachten gibt und den Willen der Mitgliedschaft ausschaltet. Doch dieses Ortsstatut hat einen derartigen Entzweiungskur bei der Mitgliedschaft hervorgerufen, daß die Bauhilfsarbeiterversammlung angeblich wegen Ueberfüllung nicht abgehalten werden konnte. Sie wurde vertagt und findet heute um 19 Uhr im Lokal „Wilhelmstr. 54, Neuborstraße 54, statt. Zu dieser Versammlung ist zu bemerken, daß sie erst gestern durch eine unauffällige Notiz in der „Volksmacht“ bekanntgegeben wurde. Durch diese Ueberumpelung und durch die Wahl eines abgelegenen Lokals hoffen Meise und Kuhn, die Kollegen von der Versammlung fernzuhalten. Na, die Herrschaften haben sich bestimmt verrechnet, denn die Opposition war und ist auf dem Posten!

In der heutigen Versammlung der Bauhilfsarbeiter wird die Unterschlagungssaffäre und das Ortsstatut behandelt werden müssen. Will es Kuhn nicht, so muß er von der Mitgliedschaft dazu gezwungen werden.

Zu der Unterschlagungssaffäre erfahren wir neuerdings u. a. folgendes: Durch einen Beschluß der reformistischen, die Bauern auf die Unorganisierten schlampfen und gleichzeitig ihnen den Eintritt in die Gewerkschaft erschweren, ja unmöglich machen, muß jeder in den Baugewerksbund neu eintretende Kollege früher 25 u. ab jetzt 9 Mark Eintrittsgeld bezahlen. Dieses Geld wird durch das Einkleben einer entsprechenden Anzahl Beitrittsmarken im Buch quittiert. Wie es sich jetzt herausstellt, haben viele Breslauer Bauarbeiter die 25 bzw. 9 Mark wohl bezahlt, aber in ihren Büchern waren für

nur 4 und 5 Mark Marken geklebt. Das Markengeschäft dieser Art wurde bereits mehrere Jahre betrieben. Wohl suchten verschiedene Kollegen, als sie nicht die volle Anzahl Marken in ihrem Buch sahen, doch Kuhn und Meise verstanden immer wieder, die Kollegen zu beschwichtigen. Meise sagte u. a., daß es sich hierbei um alte Marken handle, die in Wirklichkeit einen höheren Wert haben, als die gedruckte Zahl auf der Marke angibt.

Es wurde von dem sozialdemokratischen Vorstand des Baugewerksbundes das Markengeschäft in aller Seelenruhe betrieben, bis die „Arbeiter-Zeitung“ mit den Enthüllungen begann. Durch die Abhebung des Kassierers Jabel glaubte Meise, alle Schuld von sich gewälzt zu haben. Doch jetzt kam auch die Polizei dahinter. Es wurde eine Anzahl Verbandsbücher mit zuwenig geklebten Beitrittsmarken herbeigeschafft. Die Polizei hat Anzeige beim Staatsanwalt erstattet, und dieser wird wohl nicht umhin können, ein Verfahren einzuleiten. Wir werden also noch reichlich Gelegenheit haben, in den sozialdemokratischen Korruptionsskandal hineinzuleuchten.

Eine andere Frage ist die des Ortsstatuts. Dieses wurde ohne Befragen der Mitgliedschaft mit 70 gegen 45 Stimmen von den Vertretern beschlossen. Danach sollen die bisher allmonatlich stattfindenden Mitgliederversammlungen wegfallen. Zu bestimmen haben nur die Vertreter. Vertreter kann werden, wer fünf Jahre organisiert und jährlich mindestens 40 volle Beiträge gezahlt hat. Wer also im Jahre mehr als 12 Wochen arbeitslos war, kann ein noch so tüchtiger Gewerkschafter sein, aber zum Vertreter darf er nicht gewählt werden. Fachgruppenleiter darf nach dem Statut nur der Angestellte werden. (Wir haben das Statut leider nicht zur Hand, doch wird uns diese Ungehörigkeit übereinstimmend von mehreren Kollegen berichtet. D. Reb.) Die Bestimmungen des Ortsstatuts sind also so gehalten, daß

der Sozialdemokrat Kuhn Fachgruppenleiter der Bauhilfsarbeiter werden muß.

und zu Vertretern ausnahmslos die Arbeiter von der „Bauhütte“ (Hochburg der SPD, da leicht den Brotkorb höher zu hängen) gewählt werden müssen!

Bauhilfsarbeiter, diese Diktatur dürft ihr euch auf keinen Fall gefallen lassen. Geht heute reiflos zur Versammlung! Lehnt die diktatorischen Bestimmungen des Ortsstatuts einmütig ab! Wählt euch eine Fachgruppenleitung, die euer Vertrauen genießt und gewillt ist, nicht nach der Pfeife der Meise und Kuhn zu tanzen, sondern euren Willen zu erfüllen!

Gesell. Mittwoch 20 Uhr Antreten am Orlow-Rob. Baders-Platz zur Beibringung. Roter Frontkämpfer-Bund Breslau - Abt. 2. Donnerstag von 19-21 Uhr bei Melzig, Uferstraße, Raftkühnungsabend der Kapelle. Erscheinen aller 11 Pflicht. - Abt. 2. Freitag 19 Uhr Antreten Laurentiusplatz. - Abt. 6. Mittwoch 19 Uhr Übungsstunde der Kapelle bei Panke. Gesell. Freitag 20 Uhr Kollaboration in der „Union“. Erscheinen. Mittwoch 19 Uhr bei Wende („Stadt Breslau“) Mitgliederversammlung. Roter Frauen- und Mädchenbund Mittwoch. Donnerstag 19.30 Uhr Mitgliederversammlung bei der Genossin Horstke, Bergstraße 5, 2. Stock. Sonstige Organisationen Breslau - Note Hilfe Werk. Donnerstag 20 Uhr im Lokal „Blaues Eck“, Feinstückter Straße, Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen notwendig, da wichtige Tagesordnung. - Interaktionale Arbeiter-Liste. Mittwoch 19.30 Uhr im „Ehrenkreis“ Generalversammlung. Sämtliche Mitglieder haben persönlich zu erscheinen. Freilager. Metallarbeiter. Mittwoch 19 Uhr im „Bücher“, Bolzstr. 1, Mitgliederversammlung. Referent: Kollege Pfeiffer. Breslau, über „Gewerkschaftshaus“. Alle Kollegen und Kolleginnen haben zu erscheinen.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele Nur an zwei Tagen: Donnerstag und Freitag, 5 u. 8 Uhr steht uns der große Russenfilm

„Der gelbe Paß“ (Kontrollbuch) zur Verfügung Ferner: Der brave Soldat Schwejk an der Front Glossen vor und hinter der Front Einheitsplatz mit Ausweis 50 Pfg. — Jugend verboten Arbeiter-Sportkartell L.V.

Finanznot der Kommunen!

In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Waldenburg brachten die Kommunisten nachfolgende Entschlüsse ein, die von der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront abgelehnt wurden. In der Entschlüsse wird ein praktischer Weg zur Behebung der finanziellen Notlage der Gemeinden gewiesen. Ihre Ablehnung durch die Bürgerlichen und die Sozialdemokraten zeigt, daß diese Parteien kein Interesse haben, der wertvollen Bevölkerung der verschuldeten Gemeinden zu helfen.

„Die Schädigung, die die Stadt Waldenburg durch die Aufnahme einer Obligationsanleihe erlitten hat, ist in erster Linie mit darauf zurückzuführen, daß die Reichsregierung den Gemeinden nicht die Mittel zur Verfügung stellt, die sie insofern der erhöhten Ausgaben auf sozialem und kulturellem Gebiete brauchen.“

Die Finanzpolitik des Reiches ist eine im höchsten Grade den Kommunen feindselige Politik. Die Stadtverordnetenversammlung protestiert besonders gegen die Absicht des Reichsfinanzministers, die Anteile der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer und Körperschaftsteuer weiter herabzusetzen. Die Versammlung fordert, daß die den Ländern und Gemeinden von den obengenannten Steueranteilen beim letzten Finanzvergleich weggenommenen 15 Prozent voll an die Gemeinden übermiesen werden. Weiter fordert die Versammlung Überwälzung der Vermögenssteuererträge sowie der den Gemeinden nach dem früheren Finanzvergleich zustehenden Anteile der Erbschafts- und Börsensteuer. Gleichfalls ist die Hauszinssteuer — solange sie nicht beseitigt ist — voll an die Gemeinden zu überweisen.“

Und wieder zwei Unfälle

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verunglückte der Bauer Paul Grische aus Weißstein beim Vortrieb. Ein Gesteinsstück löste sich aus dem Hangenden und traf Grische, der schwerverletzt in das Knappschäftlazarett eingeliefert wurde.

In der Sonnabend-Frühstunde verunglückte der Bauer Rummert in Moßbach, indem er 15 Meter in den Senkschacht stürzte. Er soll im Fahrstuhl die Lampe entfallen lassen. Darauf stieg er ohne Lampe ab und stürzte in den Schacht. Schwerverletzt ist er ins Lazarett geschafft worden.

Wäre die Verdämmung in Ordnung gewesen, so konnte der Bergmann nicht in den Schacht gestürzt sein. Die Grubenbesitzer pfeifen eben auf Menschenleben. Hauptsache für sie ist der Profit!

Kampfsitz, bei den kommenden Betriebsrätewahlen wählt nur solche Kollegen, die gewillt sind, gegen das Nordsystem der Grubenbesitzer energischen Kampf zu führen.

Ober-Wülfegiersdorf. Ein Gastwirt, der die Arbeiterchaft nicht braucht. Die kommunistische Partei wollte anlässlich der Gemeindevahl eine öffentliche Versammlung bei dem Gastwirt Gottschlich einberufen. Dabei mußte sie die Erfahrung machen, daß der Gastwirt mit der Arbeiterchaft nichts zu tun haben will. Er erklärte unseren Genossen, daß ja doch nichts verkehrt wird, und es gäbe Arbeiter, die bei ihm noch Schulden haben. Auch sagte er, daß er ja wohl der Arbeiterchaft nicht abhängig sei. Unsere Genossen blieben ihm daraufhin nicht die Antwort schuldig!

Einheitsstimmgelbe. Die Gemeindevertretung hat beschlossen, zur stattfindenden Gemeindevahl am 17. Februar Einheitsstimmgelbe zu verwenden. Die Liste der kommunistischen Partei steht an dritter Stelle. Es muß am 17. Februar die Lösung eines jeden Arbeiters sein: Es wird gewählt die Liste der kommunistischen Partei. Epigentanten Ernst Büchel!

Oberes Revier

Der Gottesberger „Singhasen“ wieder eröffnet!

Seit einiger Zeit ist in der Gottesberger Engelhardt-Brauerei ein neuer Direktor namens Korthaus beschäftigt. Der gute Mann versteht es annehmend sehr gut, Lante, welche schon zehn Jahre und länger im Betriebe beschäftigt sind, zu entlassen. Bei seinem Dienstantritt vor einigen Monaten entließ er den Brauführer, Büroangestellte und Arbeiter. Jetzt soll noch der Maschinenmeister entlassen werden. Wahrscheinlich werden auch noch weitere Entlassungen folgen.

Wir wissen nicht, ob den Arbeitern, die doch die Hauptabnehmer des Engelhardt-Bieres sind, diese Marke noch lange schmecken wird. Wie wir hören, beschwerten sich die Trinker des Engelhardt-Bieres über einen merkwürdigen Beigeschmack von Nationalisierung. Deshalb beschließen viele von ihnen, in Zukunft Bier ohne Nationalierungsbeigeschmack zu trinken. Herr Korthaus, wäre es da nicht ratsam, von den bisher geübten Nationalierungsmaßnahmen Abstand zu nehmen?

Unfall beim Rodeln. Auf der städtischen Rodelbahn in Koblau verunglückte schwer beim Rodeln das achtjährige Mädchen E. Raab. Es verlor die Gewalt über den Schläfen und erlitt beim Sturz einen schweren Bruch des Hinterkopfes.

Das Bild kommt am. Die andauernde und starke Kälte sowie die Winternot fordern unter dem Bild große Opfer. Vor einigen Tagen fanden Spaziergänger auf Gottesberger Terrain ein annehmend von

einem Fuchs zerrißenes Reh. Ein Bergarbeiterinvalide fand einen verendeten Rehbock tot in seinem Lager auf.

Aus der Partei. Der Genosse Pelly aus Gottesberg wurde wegen parteischädigenden Verhaltens in der Gewerkschaft mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen.

Schweidnitz

150 000 Mark Schaden. Der Schaden bei dem Brand in der Weberlei der W. für Leinen- und Baumwollindustrie beträgt schätzungsweise 150 000 Mark.

Freiburg

Folgen der sozialdemokratisch-bürgerlichen Baupolitik.

Ein Arbeiter aus Freiburg schreibt uns: Als vor zwei Jahren in Freiburg die Panja-Kolonie (Varaden) gebaut wurde (nachdem der Antrag der kommunistischen Stadtverordneten, ein richtiges Wohnhaus zu bauen, von der SPD und den Bürgerlichen abgelehnt wurde), und die Wohnungsgelassen sich um diese Varadenwohnungen rissen, frohlockten die SPD und die Bürgerlichen, daß sie einen Sieg über die Kommunisten errungen hätten. Sie sollten sich heute einmal ihren Sieg ansehen! Es müßte ihnen die Schamröte, wenn sie noch dazu lächeln können, ins Gesicht steigen! In den Wänden der Varaden kann man halb die Hand durchspüren, solche Böcher sind bald die kleinen Kinder, deren es dort genug gibt, sind bei der letzten Kälte halb erstorben! Die Milch geriert auf der Ofenplatte über Nacht, ebenso andere Schwaren. Wie wäre es, ihr Herren Stadtverordneten, die ihr auch so warm für den Bau dieser Varaden eingesetzt hättet, die jetzt sowieso schon mehr kosten als ein Haus, wenn ihr selbst einmal den Winter über dort wohnen würdet? Eine Varade ist noch frei! Wir glauben bestimmt, daß ihr nach diesem Versuch keine Varaden mehr bauen würdet!

Königszell

Aus der Partei. Der Genosse August Weis aus Königszell ist wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen worden.

Görlitz

3 Personen vergiftet

Im Hausflur des Hauses Berliner Straße 39 hatte man am Sonntag Eisenkörbe mit glühendem Koks aufgestellt. Da nicht genügend Zugluft vorhanden war, bildeten sich Kohlenoxide, die in eine Wohnung eindringen und zwei Kinder und einen jungen Mann betäubten. Die Verunglückten konnten von der Feuerwehr wieder ins Leben zurückgerufen werden, mußten aber ins Krankenhaus gebracht werden.

Sproßlau

Lenin-Liebkecht-Luzemburg-Freier.

am Sonntag, 17. Februar, 20 Uhr, im Volkshaus. Gastspiel der „Blauen Blusen“. Kollaborierer 60 Pf., Erwerbslose 40 Pf. Eintritt.

Hagnau

Betriebsstilllegung. Infolge des langanhaltenden Frostwelters mußte die Popschilische Kunstziegelei in Bielau stillgelegt werden. Die gesamte Belegschaft wurde entlassen und dem schon bestehenden Erwerbslosenheer zugeführt. — Nur die Heizung wird noch für einige Tage aufrechterhalten.

Liegnitz

Achtung! Achte Karten!

Habt ihr schon Eintrittskarten für morgen? Die „Roten Karten“ spielen nur einmal in Liegnitz. Keiner veräume die Aufführung der Reichsspielluppe des RZB im „Wintergarten“. Der Eintrittspreis beträgt 75 Pfg. für Erwerbslose 50 Pfg. Karten sind bei allen Funktionären des RZB und der RPD zu haben.

Waffenfund

Wir berichteten vor einiger Zeit von einem Waffenfund beim Stahelmann Scheibler (Stadtverordneter). Sonderbarerweise hat der Staatsanwalt an den Wirtshausbesitzer, den Sohn Scheiblers, folgendes Schreiben ergangen:

2. J. 1139.29

Liegnitz, 7. Januar 1929.

H.

Das Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen unbefugten Waffensitzes habe ich eingeleitet.

Herr Staatsanwalt, es wäre wohl zuviel an die Leffentlichkeit gekommen, wenn man den Prozeß aufgerollt hätte? Bei Kommunisten macht man in solchen Fällen nicht viel Federlesens. — Hat man das Verfahren gegen den alten Herrn Scheibler in allen Fällen eingestellt?

Sibirische Kälte. Bei der großen Kälte von 32 Grad mußten die Polizei-Verkehrsposten eingezogen werden. — Bei dem Feuer in der Aktien-Brauerei mußten mehrere Feuerwehrlente abtransportiert werden, die sich Glieder erfroren hatten. — In den Anlagen

Ein Krausendorfer Fabrikarbeiter, Vater von drei Kindern, hat die Niedererschlagung des auf seine Wohnung fallenden Teils der Hauszinssteuer beantragt, was ihm auch gewährt wurde. Der Hausbesitzer Robert Gräbe nahm dies zum Anlaß, eine erhöhte Miete zu verlangen. Nachdem sich das Mietschöffengericht in neun Sitzungen (!) mit diesem Fall beschäftigt hatte, wurde die Friedensmiete von 7,50 auf 10 Mark erhöht. Der Gemeindevorsteher von Krausendorf, der aufgefordert wurde, ein Gutachten über die ortsüblichen Mieten sowie darüber, ob durch Verbesserung der Wohnung eine Erhöhung der Miete gerechtfertigt wäre, abzugeben, gab ein den Verhältnissen von Krausendorf nicht entsprechendes Gutachten ab. Als Vergleichswohnung wurde von ihm eine einzige Wohnung von Krausendorf angegeben, die dafür gar nicht in Frage kommt. Sie ist acht Quadratmeter größer, besteht aus Stube und Küche mit zwei helzbaren Öfen, hat ausreichende Beigefasse, einen Flur sowie das Wasser im Hause. Während die unstrittene Wohnung nur aus Stube mit einem Ofen und Altköche besteht. Eine Waschtische ist nicht vorhanden, das Wasser muß meisteils aus der Nachbarschaft geholt werden.

Trotzdem schickte sich das Mietschöffengericht auf dieses Gutachten. Ein Gutachten, das von den Mietervertretern der Wohnungskommission als „unglaublich“ zurückgewiesen wurde. Als der Gemeindevorsteher von dem betreffenden Mieter aufgefordert wurde, eine Wohnungskommissionssitzung einzuberufen, die beschließen sollte, daß das Gutachten den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht, schickte er ab.

Der gesamten Mieterschaft von Krausendorf droht durch das Verhalten des Gemeindevorstehers die Gefahr, daß alle Hauszinsanteile von Krausendorf Erhöhung der Friedensmiete verlangen werden, wenn die Berufungsinanz das von dem Mietschöffengericht gefällte Urteil als zu Recht bestehend anerkennt. Dann wird man die Wohnung, bei der man die Friedensmiete heraufgesetzt hat, als Vergleichsobjekt heranziehen. Arbeiter, seht euch entschieden zur Wehr!

Jauer

Schabenseuer. In Jauerbrunn brannte die große Scheune des Gutbesizers Tzigner nieder. Es wurden verschiedene landwirtschaftliche Maschinen vernichtet. Die Brandursache ist unbekannt.

Niederschlesien

Glogauer Promenade ist ein großer, harter Baum vom Frost gesprungen.

Großfeuer in der Aktien-Brauerei. In der Nacht von Sonntag zu Montag brach in der Brauerei Feuer aus. Durch die große Kälte waren die Löscharbeiten sehr erschwert.

Glogau

Brandstiftung in den Glogauer Mühlenwerken

Eine Passantin bemerkte um die Mitternachtszeit in einem Gebäude der Glogauer Mühlenwerke einen verdächtigen Lichtschein und alarmierte sofort mehrere Personen. Als man in das Gebäude eindrang, entdeckte man eine Reihe von mit Benzol getränkten Brandherden, die sofort unbeschädigt gemacht wurden. Wenige Minuten später wäre das Unglück geschehen gewesen, denn durch den Mehlstaub wäre die ganze Mühle in die Luft gesalogen, zumal auch die Wasserleitungen sämtlich eingefroren waren. Man vermutet Brandstiftung.

Arbeitersport

Gesellschaftsspiele am 17. Februar:

15,00: West I — Einigkeit I, Eichenpark; Hunger.
13,00: West II — Einigkeit II, Eichenpark; Dunte.
9,30: West III — Einigkeit III, Eichenpark; Epifer.

Fußballpartie, Verhandlungsausschuss. Sämtliche Mitglieder, auch Ersatzmitglieder, haben Montag, den 18. 2., um 20 Uhr Sitzung bei Firla, Partei- und Gewerkschaftsausschuss mitbringen. Schriftführer an den Verhandlungsausschuss nur an den Obmann Erich Böckel, Bergstraße 11.

Freie Turnerschaft Breslau. 6. Jugend- und Männer-Abteilung. Freitag, den 15. Februar, nach dem Turnen Versammlung sämtlicher Faust- und Handballspieler im Abteilungslokal, Barthstraße.

1. Arbeiter-Angler-Verein Breslau e. V. Am Donnerstag, dem 14. Februar. Mitgliederversammlung im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses um 19,30 Uhr. Die Durchschreiber sind mitzubringen.

Arbeiter-Athleten-Bund. 1. Bezirk. Sonntag, den 17. Februar, vormittags 9 Uhr. wichtige Bezirksversammlung im Gewerkschaftshaus. Jeder Verein muß vertreten sein.

Turn- und Sportverein Hundsfeld e. V. Freitag, den 15. Februar, um 19,30 Uhr Monatsversammlung.

Freie Sportfreunde e. V. Freitag, den 15. Februar, um 20 Uhr Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirksrat, Lokalwechsel. Erscheinen ist Pflicht.

Dittersbach. 4. Fußballbezirk. Am 21. Februar 1929 in Dittersbach im Gasthaus „Zur Lebermühle“ Bezirksspielausschuss-Sitzung. Anfang 8,30 Uhr. Alle Vereine haben zu delegieren.

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Sonnabend, den 16. Februar, 20 Uhr
Zum 1. Male
Eine Nacht in Rairo

Sonntag, 17. 2. und täglich 20 Uhr
Eine Nacht in Rairo

Vol: stündliche Vorstellungen
(Partett Nr. 255 nja.)

Mittwoch, den 13. 2. Freitag, den 15. 2.
20 Uhr
Die Herzogin von Chicago

Donnerstag, 14. 2. Sonntag, den 17. 2.
20 Uhr
Die Försterswitze

Der Vorverkauf für jede angegebene Vorstellung hat bereits begonnen

Stadtheater Breslau

(Opernhaus)

Mittwoch, 18. Uhr
Zu Rich. Wagners Lobestage
Abonnements-Vorstellung Serie G 12
Die Reiferkinger von Rürnberg

Donnerstag, 20. Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie F 12
Schwanda, der Dudelsackpfeifer

Freitag, 20. Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 12
Die schöne Helena

Sonnabend, 19.30 Uhr
Carmina

Sonntag, 15.30 Uhr
Nachm.-Vorstellung, zu ermäßig. Preisen (Gr. 2)
Der Waffenschmied

Sonntag, 20. Uhr
Die schöne Helena

Ständeleibhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beliebung v. Nudigen, Wäsche und Schmuckstücken

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonntag, den 9. 2. bis Freitag, den 15. 2. täglich 20.15 Uhr

Minna von Barnhelm
Lustspiel v. G. E. Lessing

Sonnabend, den 16. 2. 20.15 Uhr
Gastspiel von J. Fußpays Theater
Der blaue Vogel

Thalia-Theater

Von Sonntag, den 9. 2. bis Freitag, den 15. 2. täglich 20.15 Uhr

Nathan der Weise
Dram. Geb. v. G. E. Lessing

Sonnabend, den 16. 2. 20.15 Uhr
Neueinstudierung!
Florian Geyer
von Gerhart Hauptmann

Musikhaus „Odertor“

Größtes Spezial-Musikhaus in der Odertorvorstadt.
Vinzenzstrasse 59, Ecke Elbingstraße

Sprech-Apparate und Schallplatten
billig in großer Auswahl bei bequemster Teilzahlung

Neu eingerichtet: Filiale Scheitnigerstr. 49

Anzugzubehör

Importiert von
5.50 Mk. an

Germ. Roth

Hummerlei 52

Inserate

haben in unserer
Zeitung
**besten
Erfolg**

Molkerei Klein-Mochbern

Inh: Reinhold Gotthardt

Groß- und Kleinhandel

Hauptgeschäft: Lehmdamm 22
Telephon 23995
Tiefgekühlte, haltbare Vollmilch
Eier, Butter, Käse

Ämtliche Bekanntmachung von Dittersbach

Die Auszahlung von Hilfsbedürftigenunterstützung Sozial- und Kleinrente erfolgt Sonnabend, den 16. Februar 1929 nachmittags von 2-4 Uhr in der Gemeindehauptkassa (Zimmer 1 des Amtshauses).

Dittersbach, den 11. Februar 1929
Der Gemeindevorsteher
R. Meißner

Riesen-Finanzskandal „Haus Oberschlesien“

Über 2 Millionen Mark Verlust der Stadt Gleiwitz — Ergebnis bürgerlich-sozialdemokratischer Magistratspolitik — Die Werttätigen werden blechen müssen!

Die jahrelange Herrschaft der Zentrumspartei im Magistrat der Stadt Gleiwitz, die auf dem Rücken der werttätigen Schichten ausgetragen worden ist, war nur möglich, weil sie die vollste Unterstützung der übrigen Parteien, außer den Kommunisten, fand. Die verheerenden Folgen dieser Mißwirtschaft blieben auch nicht aus. In der Dunkelkammer des Magistrats — die Kommunisten hielt man bis heute mit Hilfe der Opponenten Regierung bewusst fern — wurden die für die werttätigen Schichten sich schändlich auswirkenden Pläne geschmiedet und mit Unterstützung der Parteien des Stadtparlamentes von rechts bis zur Sozialdemokratie durchgeführt. Der jetzt offen zutage tretende

Finanzskandal beim „Haus Oberschlesien“

ist die beste Illustration für die seit Jahren betriebene Mißwirtschaft. Nur die Kommunisten haben stets und immer gegen die antisoziale Kommunalpolitik Stellung genommen und die schärfsten Anklagen, nicht zuletzt in ihrer Presse, erhoben. Oberbürgermeister Dr. Geisler konnte seine Katastrophenspolitik nur deshalb durchführen, weil er die Unterstützung der schwarzrotgoldenen Parteien sicher war.

„Haus Oberschlesien“ der Totengräber der Stadt Gleiwitz

Das, was die Kommunisten voraus sagten, ist eingetreten. Der Verlust von über 2 Millionen beim „Haus Oberschlesien“ ist nun Tatsache geworden. Endlich sah sich der Oberbürgermeister gezwungen, einiges Material über den Finanzskandal der Presse zu übermitteln. Dieser vom Oberbürgermeister eingeschlagene Weg hat den Zweck, die Öffentlichkeit zu beschämen. Er hat es noch nicht für notwendig erachtet, dem Stadtparlament einen wirklich übersichtlichen, mit konkretem Material versehenen Bericht abzugeben.

Die Zentrumspresse — sie hat am meisten Veranlassung hierzu — versucht diesen Riesen skandal zu bemänteln.

Wir wollen, wir wir das auch in der Vergangenheit taten, den arbeitenden Schichten die Dinge, wie sie in Wirklichkeit liegen, bekanntgeben:

Die ausgewandte Miesbau summe in Höhe von 3 1/2 Millionen Mark soll auf 1 1/2 Millionen Mark abgeschrieben werden, um Zinsen und Amortisation (Tilgung der Summe) tragen zu können. Die zwei Millionen, die aus Anleihemitteln stammen, sollen als Verlust für die Stadt gebucht und durch neue Steuern gedeckt werden.

Der Oberbürgermeister und die ihn stützenden Parteien werden alles daran setzen, daß dieser Millionenverlust

aus den Taschen der kleinen Steuerzahler herausgewirtschaftet wird.

Die Steuer schraube wird um ein Vielfaches angezogen, und die Folge davon wird sein, die weitere Auspöcherung breiterer Schichten der werttätigen Bevölkerung. Um die Verzinsung tragen zu können, muß eine furchtbare Mehrbelastung bei einer

Unflößigen Familie von 17,50 Mark

bei einem Gewerbetreibenden im Durchschnitt von 87,50 Mark pro Jahr eintreten. Die Lebenslage der Arbeiterschaft wird dadurch noch weiter sinken. Und das als Folge der Finanz mißwirtschaft des bürgerlich-sozialdemokratischen Magistrats.

Eine andere Frage ist die, ob der Betrieb dieses August-Unternehmens sachmännlich richtig geführt wird oder noch besser geführt werden könnte. Selbst der Oberbürgermeister mußte zugeben, daß etliche Ausgaben hätten vermieden werden können. Warum ist das nicht geschehen? Weil der Direktor Elster, der als große „Kanone“ nach hier kam, selbständig rumwurselt und wie ein Mussolini auftritt. Der seit einigen Monaten laufende Betrieb hat

ungeheure Zuschüsse

gebraucht. Herr Elster soll hier zugebuttert haben. Dieses Märchen glaubt wohl ein vernünftig denkender Mensch doch nicht. Auch hier wird die Stadt eingespungen sein.

Eine eingehende Untersuchung ist hier ebenfalls am Plage.

Die Rentabilität dieses Augustunternehmens ist auch nach Abschreibung der zwei Millionen noch in Frage gestellt. Man will rationalisieren. Etwa 30 Prozent des Personals sollen abgebaut werden. Die im Betriebe verbleibenden Angestellten sollen noch mehr ausgebeutet werden. Jetzt schon war Herr Elster ständiger Gast beim Arbeitsgericht. Die Angestellten führten bis jetzt

76 Prozesse gegen die Direktion

und das alles unter der Duldung des Aufsichtsrats, dem Oberbürgermeister Dr. Geisler vorsteht. Es ist doch bedenklich, wenn die Küchenchefs innerhalb zwei Monaten dreimal wechseln.

Die Solidaritäten im „Haus Oberschlesien“ werden von den werttätigen Schichten nicht aufgesucht. Es ist ja auch nur für diejenigen erlaubt, die den nötigen Paß haben und diesen sich „mühselig“ verdienen müssen. Eine solche Schlemmerkammer hat man errichtet, wo tausende Einwohner der Stadt Hunger und Not leiden.

Durch das „Haus Oberschlesien“ ist das der Stadt gehörige „Theater-Café“ wirtschaftlich zusammengebrochen. Der dortige Pächter hat die Ermäßigung der Pachtsumme gefordert. Diesem berechtigten Verlangen wird man Rechnung tragen müssen, wenn man überhaupt weiß, daß die Kasseinnahmen enorm zurück-

gegangen sind. Ein weiterer Verlust kommt dadurch für die Stadt hinzu.

Wohnungsnot und Wohnungselend

Gerade in bezug auf Wohnungsnot und Wohnungselend marschieren die Stadt Gleiwitz mit an erster Stelle. Sie zählt 9572 Wohnungsuchende, eine Zahl, die erschreckend ist. 645 Familien kampieren in den Weidloch- und Steinbaraden, 182 Familien in 48 baufälligen Häusern. Das ist das Resultat der „praktischen“ Wohnungspolitik des Magistrats. Wäher den Bourgeoisollen erließte der Magistrat das „Haus Oberschlesien“ für 3 1/2 Millionen Mark.

Mit diesen Geldern und Zuschüssen aus der Hauszinssteuer hätte man fast tausend Arbeiterwohnungen erstellen können.

Das tut man nicht, weil man sich einen Teufel um das Wohnungselend schert. Die Herrschaften im Magistrat haben ihre Dienstwohnungen von 6 Zimmern und noch mehr, wo sie keinen Pfennig zu zahlen brauchen, weil sie außer ihren horrenden Gehältern das Wohnungsgeld erhalten.

Die so trockenen Zahlen, „9572 Wohnungsuchende“ sind eine scharfe Anklage gegen diese Zentrumspolitik. Die kommunistischen Anträge, die eine Milderung dieses Elends wollten, lehnte man brutal ab.

Und wie steht es mit der Sozialpolitik?

Die „Sozial“politik des Magistrats ist ein besonderes Kapitel für sich. Not, Elend und Krankheit grassiert in unserer Stadt, und an Verringerung dieser Zustände ist nicht zu denken.

Insgesamt 11 500 Personen sind hilfsbedürftig

Die Unterstützungssätze sind derart gering, daß diese Menschen buchstäblich am Verhungern sind. Die Erhöhung der Unterstützungen

lehnten die Parteien mit der Begründung, die Stadt habe kein Geld, ab. Wenn Kinder im Mutterleibe verhungern, wie ein Fall im Stadtkell Petersdorf es zeigte, so sprechen diese Tatsachen Bände des sozialen Elends. Was sagt selbst der Bericht des Magistrats:

„Die Krankenhäuser waren sehr stark belegt. Es konnten oft Kranke nicht mehr aufgenommen werden, weil alle Betten belegt waren. Die vorhandenen Krankeneinrichtungen sind völlig unzureichend. Die Errichtung einer besonderen Baracke für Geschlechtskranke wird als äußerst dringend bezeichnet. Das Säuglingsheim ist ebenfalls unzureichend.“

Trotz dieser Feststellungen macht der Magistrat zur Verringerung dieser schlimmen Zustände rein gar nichts. Er begnügt sich mit schriftlichen Berichten und haute ein „Haus Oberschlesien“.

Die Schulkinderbesetzungen erfassten von 11 200 nur 2000 Kinder, wobei man weiß, daß ein sehr hoher Prozentsatz der Volksschulkinder ohne ein Hemd und ohne ein warmes Frühstück zur Schule kommt.

★

Die gegen die breiten Schichten der Bevölkerung gerichtete Kommunalpolitik muß einen Protestkummt unter diesen Schichten hervorrufen. Der Finanzskandal, Verlust von zwei Millionen Mark, ist nur ein Auschnitt aus dieser Finanzwirtschaft unter der Führung der Zentrumspartei und ihres Oberbürgermeisters. Die Kommunisten werden auch in der Zukunft diese antisoziale Politik bekämpfen. Die arbeitenden Schichten müssen diesen Kampf unterstützen, denn nur dann wird es gelingen, diesem Treiben ein Ende zu bereiten.

Aber in der Presse und in Flugblättern kann man diese Verwirklichung von Steuergeldern und ihre Auswirkungen auf die breiten Massen nicht genug beleuchten. Darum, Werttätige von Gleiwitz, erscheint am Freitag, dem 15. Februar, zur öffentlichen Versammlung im Saal „Vier Jahreszeiten“. Die kommunistische Stadtparteiorganisation wird den Schiefer von der bürgerlich-sozialdemokratischen Magistratspolitik lästern.

Die Roten Raketen kommen nach Oberschlesien

Gleiwitz: Sonntag, 17. 2., 19 Uhr, in „Vier Jahreszeiten“ * Beuthen: Montag, 18. 2., 19.30 Uhr, in „Muschiols Festsälen“

„Du mußt zum Rächer deiner Kinder werden“

Das letzte Kind einer Arbeiterfamilie war gestorben, weil bei seiner Erkrankung nicht sofort alle ärztliche Kunst angewandt wurde. Als die Mutter sich in Klagen und Weinen über den Verlust verlor, schrieb ihr der Mann einen Brief, den wir nachstehend auszugsweise veröffentlichen.

Auch ich bin erschüttert vom Tode unseres Kindes. Doch zu dem Weh und Schmerz gefellte sich die Wut hinzu, da ich nun am eigenen Körper die göttliche Bestrafung verspürte; als man mein Kind nicht mit solchem Fleiß und solcher Gewissenhaftigkeit behandelte, wie das eines bessergestellten Menschen.

Ich mußte, warum mein letztes Kind so elend sterben mußte und trug dieses Proletarierelend in dem Bewußtsein, noch mehr als bisher kämpfen zu müssen, um diese verfluchten Zustände zu ändern.

Aber Du warst tagelang in Tränen aufgelöst und zerstört. Wieder einmal mußte ich sehen, daß Du nicht als Proletarier dein Leben betrachtest, daß Du mit Millionen-Klassenchefs das gleiche Los teilst und darum auch mit Millionen gemeinsam Dich dagegen stemmen mußt. Du ließt Dich so gehen, als ob nur Du allein von allen Frauen ein solch schweres Los zu tragen hättest.

Erkenne doch aus all dem, was hinter Dir liegt, daß nicht Du allein solches tragen mußt, sondern daß Millionen und Abermillionen von Proletariermüttern und -vätern dies noch über sich ergehen lassen müssen.

Ich habe Dir das in jenen Stunden nicht nur einmal, sondern mehrmals gesagt.

Mit Weinen konntest Du Deine Lona nicht mehr zurückholen aus dem ewigen Schlaf. Und mit Weinen konntest Du auch nicht solche Geschehnisse für später unmöglich machen.

Was hier geschehen war, was uns zugestoßen, das war eine Erscheinung des täglichen Lebens. Nicht beschränkt nur auf uns, sondern ausgebeutet auf unsere ganze Klasse, weil wir die Unterdrückten sind.

Heute hat es uns getroffen. Morgen trifft es einen andern aus unserer Klasse, der auch mit Weinen das Geschehnis nicht aus der Welt schaffen kann.

Daraus muß man lernen. Man muß sich zusammenfinden, um zu dem Übergeben zu können, was nur allein da eine Verrückung schaffen kann und das ist die aktive Teilnahme an allem Geschehen, was uns angeht.

Weg mit den Tränen; hab ich Dir zugesprochen. Schau auf dein Kind, das nun in der Todesstarre schon liegt. Bedenke, heute morgen hast Du noch mit ihm gespielt und nun ist es tot.

Wer hat es Dir genommen? Wer war schuld an seinem frühen Ende?

Du brauchst nicht ungerecht zu werden in der Beantwortung dieser Fragen.

Konntest sogar den Arzt noch leer ausgehen lassen, denn er war nur das Objektive an der Sache und nicht das Subjektive.

Das Subjektive lag darin, daß der Arzt auch nur ein Mittel zu der Hand dieser gottgewollten Bestrafung ist. Der Arzt darf nicht aus der Reihe tanzen, wenn er nicht ins Proletariat herabsinken will.

Aus diesen Gründen heraus wirst Du verstehen lernen müssen, daß man unsere Lona nicht mit der Zuversicht und Dienst-eifrigkeit behandelt hat, wie es in anderen Verhältnissen der Fall gewesen wäre.

Wiß auf Deine Zähne, redete ich weiter auf Dich ein. Reiß Deine törichte bürgerliche Mutterliebe aus dem Herzen und pflanze den Haß hinein. So viel Haß, als Du nur imstande bist, wachzurufen, um dein Kind, mein Kind, um die Kinder unserer Klasse zu rächen.

Verwandle Deine Liebe zu dem Kinde nun nicht in ewige Trauer, Weinen und Jammern, sondern entzünde daran die Fackel, auf die sie brennen möge mit aller Macht und Leuchte auf dem Wege, den wir gehen müssen. Laß sie zum Wegweiser werden für viele niedergetretene und gekänderte, mitummer, Sorgen und Elend beladene Proletariermütter und -väter. Wirst sie hinein in Deine Klasse, damit sie zum Funken wird im Pulversack, die Entzündung und Aufstand bringt gegen dieses System.

Eine Proletariermutter muß anders denken, als eine ehrsame Bürgerfrau.

Muß anders fühlen.

Muß fühlen, daß man ihrem Kinde das Recht auf Leben nimmt, wenngleich man auch die Mutter zwingt, es auf die Welt zu setzen.

Sie muß mit anderen Augen den Tod ihres Lieblings betrachten, als es bei Dir der Fall ist.

Du mußt zum Rächer des Kindes werden. Nur so wirst Du deiner Mutterliebe gerecht werden können.

Blut es nur eine Lona auf der Welt?

Nein!

Tausende und Abertausende, Millionen von Lonas gibt es. Die Deine war nur ein Teil von jenen. Aber ein Teil, wie auch Du nur ein Teil von Millionen von Müttern bist, denen das selbe Los blüht oder schon geblüht hat. Hilf mit am Werk, jene Lonas zu rächen wie auch jene Mütter, die wie Du solches erdulden mußten.

Aber Du konntest unter deinen Tränen nichts anderes entgegen als das eine: „Du hast gut reden, aber mein Kind ist tot, das gibt mir keiner wieder.“

Als ob ich, der Vater, das nicht auch empfunden hätte, und den Verlust kannte, der uns traf. Aber ich vergeubete und vertrieb meine Kräfte nicht, um einer nicht mehr zu überleben. Tatsache nachzutragen, weil ich den Verlust kannte. Welt mit meine Lona mein Alles war, deshalb mußte ich meine Kräfte sparen, um jenen Lonas, die noch leben, die Hilfe zu gewähren, die sie notwendig haben, um ihren Teil am Leben sicherzustellen oder doch meinen Teil mit dazu beizutragen, dies zu tun. Ich blieb nicht dabei stehen, den Verlust so ohne weiteres hinzunehmen, sondern zog meine Lehre daraus, wie es notwendig ist für einen Klassenbewußten Arbeiter.

Und auch Du hättest solches tun müssen. Hoffentlich tust Du es jetzt noch.

Auf zur Protest-Versammlung gegen den Riesen-Finanzskandal am Freitag, dem 15. Februar, 19 Uhr, in Gleiwitz, im Saal „Vier Jahreszeiten“

haus
Oberschlesien

Oberschlesien

Aus dem Kirchenstaate Oberschlesien

Wie wir schon des öfteren in unserer Zeitung bemerkt hatten, hat sich die Erziehung Oberschlesiens internistisch zu einem Kirchenstaate aus. Ganz am obersten Ende Oberschlesiens der „Katholische Staat Nr. 2“ werden. Zwar will es Herr Piontel nicht wahr sein lassen und erweist sich mächtig gegen die Behauptungen unserer Presse. Nun, wir können das verstehen, bedeutet doch jeder Artikel ohne Demütigung in dem „Aufbau“ des Plebeischen Staates. Daß im Staat Dänemark (sprich Oberschlesien)

nicht alles in Ordnung

ist, trotz Dankstift und sonstiger Verhüllungen, dürfte der Provinzialbankstand immerhin bewiesen haben. Es sind auch ein bißchen viel der Anforderungen, die an die Nerven des Landeshauptmanns gestellt werden. Erst der Millionenstand mit Niedererschleichen, bei dem Herr Piontel doch gern, wie er selbst behauptet hat, die Angelegenheit

„hintenherum“ erledigt

hätte, wenn die niederschlesische Provinz ihm entgegengekommen wäre. Reht die obererschlesische Bankgeschichte. Außerdem läuft noch eine

„Notgeldgeschichte mit unsauberen Fingern“

mit der niederschlesischen Provinz, an der auch die obererschlesische Provinz wieder leidtragend ist. In der Auseinandersetzungfrage hat

nun Herr Piontel scheinbar doch mit Niederschlesien einen, wenn auch mageren, Vergleich gefunden.

Wie gesagt, die Nerven des armen Mannes werden sehr in Anspruch genommen, doch es hilft nichts! Die kommunistische Partei wird stets und immer im Interesse der Arbeiterschaft der Kulturreaktion entgegengetreten. Nicht umsonst ist Oberschlesien in den vergangenen Jahren als „rückständigste Provinz“ berüchtigt gewesen. Die Ansätze zur gelingenden Befreiung der Arbeiterschaft versucht man in letzter Zeit mit dem Welterbrauch des Fortschritts, die beste Filiale Roms soll gefestigt werden. Diefem Bestreben nach Kräften entgegenzutreten, ist Aufgabe der kommunistischen Fraktion des obererschlesischen Provinziallandtages.

Wie es immer in den bürgerlich-kapitalistischen Parlamenten üblich ist, werden die Vorlagen zu zwei Dritteln in den Kommissionen hinter verschlossenen Türen durchgeschoben. Die kommunistische Fraktion aber wird es sich nicht nehmen lassen, diese Tätigkeit nach Möglichkeit an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen und gleichzeitig entsprechende

Forderungen zur Beseitigung der entsetzlichen Not der Arbeiterschaft

zu stellen. Wir wissen wohl, daß abgesehen von vor Mitleid triefenden Worten von Seiten der bürgerlichen und Sozialdemokraten soviel wie nichts geschaffen wird. Es ist also von diesem Parlament, das sich in der Mehrzahl aus wohlgenährten Bürgern, Pfaffen und Großgrundbesitzern zusammensetzt, keine Hilfe zu erwarten.

Nach Schluß von Prüfung und Appell landen sich alle Mitglieder der Kolonne noch zu einem gemütlichen Beisammensein im Eiwannaschen Lokal ein. Der Verlauf des Abends zeigte, daß die Samariter neben der ersten Tätigkeit gute Kameradschaft in jeder Hinsicht zu haben wissen: Herr Dr. Kwozjczek benutzte die Gelegenheit, um auch hier nochmals zusammenfassend auf die Tätigkeit eines Samariters einzugehen.

Arbeiter und Frauen, schließt auch der Samariterkolonne an: Ihr wisst nicht, ob der morgige Tag, sei es im Betriebe oder Haus, für Transport von Kranken oder Verletzten Kuruz Telefon Nr. 18, werden jederzeit angenommen. Der nächste Kursus in „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Für Transport von Kranken oder Verletzten Kuruz Telefon Nr. 18. Für sämtliche in „Erste Hilfe“ ausgebildeten weiblichen Samariter findet ab Dienstag, dem 10. Februar, jeden Dienstag in der Unfallwache, Breslauer Straße 1, 20 Uhr, ein Kursus in Krankenpflege statt. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht!

Vom Arbeitsgericht

Das Arbeitsgericht Oppeln hat dieser Tage über seine Tätigkeit einige Zahlen bekanntgegeben. Wir entnehmen daraus:

Insgesamt wurden 1346 Klagen eingereicht, davon 860 in Arbeitsachen, 238 von Angestellten und 248 von Handwerker. Die Urteile nahmen dabei einen recht geringen Umfang an; es wurden gefällt 185, im Güterverfahren erledigt 513, Klagerücknahme erfolgte in 268 Fällen, Verläumdungsurteile ergingen in 94 Fällen.

Genosse Girndt hat in etwa 30 Fällen klagende Arbeiter und Angestellte vertreten und dabei von den Unternehmern weit über 1000 Mark für die davon Betroffenen herangeholt. Durch die niederträchtige und gemeine Sabotage der Gewerkschaftsböden hat man jetzt Kollegen Girndt von der Vertretung ausschließen lassen und damit den Unternehmern sowie dem Arbeitsgericht einen großen Gefallen getan.

Die Dummen werden nicht alle! In Oppeln gelang es einer Schwimlerin, von einer Chauffeurfrau für „Gesundeten“ von ihrem Nebenbuhler eine Tischdecke und 10 Mark zu erschwindeln. Vorher bot sie der Frau Klappspitzen an, das Meter für 1,50 Mark, bei einem tatsächlichen Wert von etwa 35 Pf. Die Frau glaubt auch heute noch, wenn sie der Schwimlerin nicht den Gefallen getan hätte, dann hätte diese sie verhext.

Partei-Kurse

- Gleiwitz. Donnerstag, 14. Februar, 19 Uhr im Lokal „Goldener Stern“, Preiswiger Straße. Dritter Kurzufabend.
- Kreuzburg. Donnerstag, 11. Februar, dritter Kurzufabend.
- Feistritzham. Donnerstag, 14. Februar.
- Katibor. Sonnabend, 16. Februar, dritter Kurzufabend.
- Neustadt. Sonnabend, 16. Februar, zweiter Kurzufabend.
- Reiße mit Ziegenhals. Sonntag, 17. Februar, vorm., zweiter Kurzufabend in Reiße.
- Patyskau. Sonntag, 17. Februar, dritter Kurzufabend.

Versammlungskalender

Gleiwitz. Freitags. Sonnabend, den 16. Februar, 20 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinstokal, Gewerkschaftshaus, Einiebelstraße. Gäste sind willkommen.

Die Beratungen des Provinziallandtages

Die Montagtagung des Provinziallandtages wurde nach der Eröffnung sofort geschlossen und auf Dienstag verlagert. Am Montag tagten die verschiedensten Kommissionen. Bericht von der Dienstagtagung folgt morgen.

Oppeln

Prüfung bei den Arbeiter-Samaritern

Nach einer Kurzufdauer von etwa vier Monaten veranstaltete die Samariterkolonne unter Leitung von Herrn Dr. Kwozjczek und dem Kolonnenführer Genossen Gieslil in der Lorinser Turnhalle am letzten Dienstag die Abschlußprüfung für eine Anzahl männliche und weibliche Prüflinge. In über 2½ Stunden mußten die Prüflinge in theoretischer und praktischer Hinsicht, wie Verbändenlegen, Tragenübungen, Übungen am Sauerstoffapparat usw. zeigen, was sie im Laufe des Kurzufes gelernt hatten. Herr Dr. Kwozjczek konnte am Schluß der Prüfung feststellen, daß jeder einzelne das notwendige Wissen und Können zur Leistung der „Ersten Hilfe“ in sich aufgenommen; und daß alle Prüflinge ihre Prüfung bestanden hatten. Wenn man in Betracht zieht, daß fast alle Prüflinge jeden Tag schwerer Arbeit nachgehen müssen und sich trotzdem nicht scheuen, während vier Monaten an den tausenden Kurzufenden teilzunehmen und die verantwortliche Tätigkeit eines Samariters auf sich zu nehmen, so ist diese Bereitwilligkeit und Opferfreudigkeit nur anzuerkennen. Der anschließende Appell in allem Material der Kolonne zeigte ebenfalls ein günstiges Ergebnis.

Anträge der Kommunisten

Die kommunistische Fraktion hat im Landtage eine Reihe Anträge gestellt. Diese fordern (der Wortlaut der Anträge ist auszugsweise wiedergegeben):

Gegen die Schließung von Eisenbahnwerkstätten.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft plant im Laufe der nächsten Zeit umfangreiche Schließungen von Eisenbahnwerkstätten. Generaldirektor Toppinüller kommentierte diesen Vorhaben dahingehend, daß von der Stilllegung besonders die Verhältnisse im Osten Deutschlands betroffen werden sollen. Der gegenwärtig tagende Oberschlesische Provinziallandtag wagt mit aller Entschiedenheit vor einer solchen Maßnahme, zumal die Arbeitslosigkeit auch in Oberschlesien die schlimmsten Erwartungen bei weitem übertrifft hat.

Gegen die Wohnungsnot.

Die Härten und Härten zunehmende Wohnungsnot, welche durch die bisher angewandten Hilfsmittel der Verteilung von Hauszinsen in keiner Weise gemildert, geschweige denn behoben wurde, erfordert normalerweise für die Beseitigung der Wohnungsnot andere Wege zu suchen.

Die Hauszinssteuer, die es nicht ermöglicht hat, Wohnungen auch nur in einigermaßen ausreichender Zahl zu erschwinglichen Mietpreisen für die arbeitende Bevölkerung zu stellen, wirkt sich lediglich als eine brutale Mietssteuer aus und trägt sehr wesentlich dazu bei, das Preisniveau herauszuschrauben und das ungenügende Arbeitereinkommen noch weiter herabzudrücken. Der Provinziallandtag beschließt daher: Der Provinziallandtag wird ersucht, bei der Reichs- und Landesregierung dahin zu wirken, daß

1. Die Hauszinssteuer völlig beiseite gelassen und der staatlich festgesetzte Mietszins um deren Betrag gesenkt wird.
2. Solange die Hauszinssteuer noch erhoben wird, in der gesamte Ertrag derselben den Gemeinden zur Verwendung für den Bau von Wohnungen, die im Eigentum der Gemeinden bleiben müssen, zur Verfügung zu stellen.

Der mit Radfahrwegen!

Der Provinzialausschuß wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Kreisen und Gemeindeverwaltungen unverzüglich die Anlegung von Radfahrwegen an öffentlichen Straßen herbeizuführen.

Mehr Mittel für die Gemeinden.

Angeichts der bevorstehenden Neuregelung des Verlängerung des Reichsfinanzgleichgesetzes fordert der Provinziallandtag die Wiederherstellung der Verteilungsbestimmung von 1924, wonach dem Reiche aus dem Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer halt 25 Prozent nur 10 Prozent zustehe und die Ueberweisung an die Länder von 75 Prozent auf 90 Prozent erhöht wird mit der Aufgabe, daß die Mehrüberweisung von 15 Prozent den Gemeinden und Gemeindeverbänden restlos zu überweisen ist.

Schärfere Kontrolle der Provinzialanstalten.

Zur Ausübung ihres Mandats ist den Mitgliedern des Provinziallandtages und -ausschusses ein Ausweis anzuhändigen, der sie gleichzeitig zum unangemeldeten Betreten der Provinzialanstalten berechtigt.

Weitere Anträge der kommunistischen Fraktion fordern: Hilfe für die Erwerbslosen, Nichtabichluß eines Kontrats, Änderung der sogenannten Fürsorgeerziehung und Beseitigung der von Hilferding geplanten, die Massen auf schwerer belastenden Steuern. Wir werden den Wortlaut dieser Anträge nach veröffentlichen.

Annähernd 109 000 Erwerbstätige ohne Arbeit

Nach dem amtlichen Bericht für die Zeit vom 4. bis 9. Februar ist die Zahl der Erwerbslosen in Oberschlesien von 93 567 auf 109 000 gestiegen. (Im Vorjahre 88 839.) Die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse hält weiter an. Das anhaltende Parte Grobweitere ist eine Besserung nicht aufkommen. Die Arbeitssuchenden sind wieder um 3732 gestiegen. Die Zahl der insolge Abbaus der Hochunterstützungsdauer ausgekehrten Personen, die dem Wohlfahrtsamt zur weiteren Betreuung überwiesen wurden, betrug in der Berichtswache aus der Arbeitslosenversicherung 197 und aus der Arbeitslosenversicherung 26.

Gleiwitz

Ächtung! Betriebs- und Straßenzellen!

Zur Vorbereitung der am Freitag, 15. Februar, in den „Bierkneipen“ stattfindenden öffentlichen Versammlung zum Stundlauf „Haus Oberschlesien“ weisen wir noch einmal darauf hin, daß die Teilnehmer:

am Mittwoch, 13. Februar, 1930 Uhr,

im Parteibüro Platze, Flugblätter und Zeitungen abholen lassen

Ab morgen
aber nur 3 Tage: Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Restbestände
und angestaubte Waren zu

lachhaft billigen Preisen

ES KOMMT ZUM VERKAUF:

Damen-, Kinder- und Babywäsche, Tisch-, Haus-, Bett- und Frotteierwäsche, Schürzen, Taschentücher, Trikotasen, Strickwaren, Handschuhe, Strümpfe, Schirme, Stöcke, Herren-Hüte u. -Mützen, Oberhemden, Nachthemden, Schlafanzüge, Krawatten, Krage und Hosenträger

Herren- und Damen Konfektion zu Sonderpreisen!

Rudolf Petersdorf
BRESLAU · OHLAUERSTRASSE · SCHUHBRÜCKE